NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Matri in Osttirol, am **Dienstag**, dem **12.09.2023**, mit Beginn um **19.30 Uhr**, im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender: Bgm. Raimund Steiner (ML)

Anwesende: GR.-Ersatzmitglied Wolfgang Brugger (ML),
i.V. von Vize-Bgm. Lukas Brugger (ML)
GV Simon Staller (ML)
GR.-Ersatzmitglied Mag. Bernd Hradecky (ML),
i.V. von GR Johann Niederegger (ML)
GVⁱⁿ Fabienne Lercher (ML)
GR Lukas Wibmer (ML)
GRⁱⁿ Elisabeth Raneburger (ML)
i.V. von GR Armin Presslaber (ML)
GR Andreas Rainer (ML)
GR Christoph Köll (ML)
GR Martin Berger (ML)
GR.-Ersatzmitglied Leo Steiner (ML),
i.V. von GRⁱⁿ Silvia Steiner (ML)
GRⁱⁿ Stefanie Ruggenthaler (ML)
GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger (GFM)
GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll (GFM)
i.V. von GR Michael Riepler, MSc (GFM)
GRⁱⁿ Manuela Niederegger (GFM)
GR Daniel Oberwalder (GFM)
GR Gabriel Presslaber (GFM)

WD Mag. Michael Rainer, Finanzverwalter

Schriftführer: OAR Georg Ranacher, Gemeindeamtsleiter

Legende:

ML = Matrier Liste

GFM = Gemeinsam für Matri

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Bürgermeisters
- 2) Anträge des Gemeindevorstandes
- 3) Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol im Bereich:
 - 3.1) des Gst. 24/3, KG. Matrei i.O.-Markt, von „Sonderfläche Kindergarten“ in „Kerngebiet“ (Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3)
- 4) Beschlussfassung über die Auflegung bzw. Erlassung von Bebauungsplänen im Bereich:
 - 4.1) der Gste. 26/4 und 24/3, beide KG. Matrei i.O.-Markt (Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3)
 - 4.2) des Gst. 115/2, KG. Matrei i.O.-Markt (Verlassenschaft nach Ernst Weiskopf, 9971 Marstallweg 1)
 - 4.3) der Gste. 588/2, 588/3 und 588/4, alle KG. Matrei i.O.-Land (Werner Riepler, 9971 Franz-Eichhorstweg 23)
 - 4.4) der Gste. 1109/1 und 1139/2, beide KG. Matrei i.O.-Land (Trost GmbH, 9971 Seblas 51)
 - 4.5) des Gst. 1539/7, KG. Matrei i.O.-Land (Fa. Lauster Steinbau GmbH, 9971 Kienburg 1)
- 5) Genehmigung diverser Verträge und Vereinbarungen, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Matrei und
 - 5.1) der Felbertauernstraße AG, 9900 Lienz, Albin-Egger-Straße 17
 - 5.2) dem Tourismusverband Osttirol, Mühlgasse 11, 9900 Lienz
 - 5.3) der easyleasing GmbH, Wiedner Gürtel 11, 1100 Wien
 - 5.4) dem Verein Sportunion iDM Matrei in Osttirol
- 6) Genehmigung diverser Auftragsvergaben:
 - 6.1) Fa. Kufgem - Angebot DSGVO-Betreuung
- 7) Diverse Verkehrsregelungen und Grundangelegenheiten:
 - 7.1) Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3
 - 7.2) Straßenbauprojekt Mesner-Bichl-Guggenberg
 - 7.3) Fa. Trost GmbH, 9971 Seblas 51
 - 7.4) Zustimmung zur Aufstellung von Informationstafeln für den „Talweg Matrei“
 - 7.5) Alois Ranacher, 9971 Pattergasse 4 (Änderung des Straßenverlaufs im Bereich Gst. 276/19, KG. Matrei i.O.-Markt)
- 8) Änderungen der Richtlinie über die Gewährung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe
- 9) Tiroler Gemeindeverband - Beratung und Beschlussfassung über die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages
- 10) Neukonditionierung von Gemeindedarlehen und an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragene OK-Darlehen gemäß Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023
- 11) Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragsvoranschlag 2023 inklusive angepasstem mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2027
- 12) Anträge, Anfragen und Allfälliges
- 13) Ehrungen
- 14) Personalangelegenheiten

Bgm. Raimund Steiner begrüßt die erschienenen GR.-Mitglieder und GR.-Ersatzmitglieder sowie die im Sitzungssaal anwesende ZuhörerIn und die Medienvertreter und eröffnet um 19.33 Uhr die Sitzung. Er hält fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung rechtzeitig ergangen sei.

Zu Punkt 1) der TO:

Bericht des Bürgermeisters:

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass nach der GR.-Sitzung am 08.08.2023 ein Gespräch mit Mag. Matthias Huter, Abteilung Liegenschaften/Vermessung der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG stattgefunden habe, an welcher die Mitglieder des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Matrei teilgenommen hätte. GVⁱⁿ Fabienne Lercher wäre damals von GV.-Ersatzmitglied GR Christoph Köll vertreten worden. Anlässlich dieser Besprechung wäre eine Vorstellung des Kraftwerksprojektes „Tauernbach-Gruben“ im Gemeinderat vereinbart worden. Am Donnerstag, 14.09.2023, werde das Kraftwerksprojekt nunmehr von Dipl.-Ing. Wolfgang Stroppa, Dr. Peter Schörkhuber und Mag. Matthias Huter präsentiert.

Bezüglich „Luntschet Brücke“ bemerkt er, dass für diese – wie bereits in der letzten GR.-Sitzung mitgeteilt – noch keine behördlichen Bewilligungen vorliegen würden. Ein Angebot für den Brückenneubau wäre eingeholt worden: Die Kosten würden sich demnach auf rd. € 600.000,-- belaufen. Mit der Genehmigung dieses Projektes durch den Gemeinderat wolle er noch bis zum Vorliegen der behördlichen Genehmigungen und konkreter Angebote zuwarten, damit die tatsächlichen Kosten abgeschätzt werden könnten. So sollten „Überraschungen“, wie beim Neubau der „Bichler Brücke“ nach Möglichkeit vermieden werden. In der Folge seien auch Verhandlungen über möglich Finanzierungsbeiträge geplant.

Der Bürgermeister nimmt weiters Bezug auf ein, in einer Bau- und Widmungsangelegenheit an alle Mitglieder des Matreier Gemeinderates ergangenes Schreiben und erinnert, dass in dieser Angelegenheit vom Gemeinderat bereits eine Flächenwidmungsplanänderung beschlossen worden wäre. Zwischenzeitlich seien auch Vermessungsurkunden ausgearbeitet und diese zur Genehmigung bei der Baubehörde eingereicht worden. Aufgrund von, auch bei der Bezirkshauptmannschaft eingebrachter Anzeigen werde am morgigen Tage ein Lokalausweis mit dem hochbautechnischen Amtssachverständigen durchgeführt. Die zahlreichen, idZ erfolgten Eingaben würden Schritt für Schritt abgearbeitet.

Bgm. Raimund Steiner berichtet weiters über das Umfahrungsprojekt „Matreier Tauernhaus“: Ursprünglich sei seitens des Baubezirksamtes Lienz die Umsetzung dieses Vorhabens iZm der Räumung des Ausschotterungsbeckens im Bereich der „Wohlgemuthalm“ vorgesehen gewesen. Nachdem für das heurige Jahr aber bereits ein Bauprojekt am „Tauernbach“ im Bereich „Freischwimmbad Matrei“ geplant gewesen sei, in einem Jahr aber nur ein Vorhaben ausgeführt werden könne, wäre das Umfahrungsprojekt nicht mehr möglich gewesen. Nun habe sich die Situation ergeben, dass für das Projekt „Raneburg Galerie“ der Felbertauernstraße AG, welches von der Fa. Mariacher gebaut werde, viel Material benötigt werde, welches aus dem Ausschotterungsbecken „Wohlgemuthalm“ entnommen werden soll. Die Fa. Mariacher hätte sich nunmehr bereit erklärt, die Umfahrungsstraße „Matreier Tauernhaus“ auf ihre Kosten zu errichten. Seitens des Leiters des Fachbereiches Wasserwirtschaft des Baubezirksamtes Lienz, Dipl.-Ing. Walter Hopfgartner, wäre hierfür ein Projekt ausgearbeitet worden, welches kürzlich bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz zur wasser- und naturschutzrechtlichen Bewilligung eingereicht worden wäre. Er hoffe, dass diese Bewilligungen ehestmöglich erteilt würden. Seitens der naturkundefachlichen Amtssachverständigen wären idZ

Ersatzaufforstungen verlangt worden. Dafür würden seitens der Wasserbauverwaltung entsprechende Grundflächen zur Verfügung gestellt.

Der Bürgermeister informiert, dass die Zufahrt in den „Bretterwandbachgraben“ über die Fraktion „Hinterburg-Glanz“ bis dato nicht geregelt sei. Kürzlich habe diesbezüglich eine Besprechung mit Vertretern der Gebietsbauleitung Osttirol der Wildbach- und Lawinenverbauung, der Agrar Lienz und der Bezirksforstinspektion Osttirol sowie dem hauptbetroffenen Grundeigentümer Georg Köll stattgefunden.

Er teilt weiters mit, dass das Baubezirksamt Lienz in Huben die Neuerrichtung eines Schutzweges mit Fahrbahnteiler auf der B108/Felbertauernstraße plane. Diesbezüglich habe gestern eine Besprechung mit dem neuen Leiter des BBA Lienz, Dipl.-Ing. Dr. Johannes Nimmert, vor Ort stattgefunden. Vorerst müssten noch Grundverhandlungen geführt und eine mögliche finanzielle Beteiligung der Marktgemeinde Matrei mit dem Land Tirol abgeklärt werden.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass der TVB Osttirol beim öffentlichen Wassergerinne im regionalen Gewerbe- und Industriegebiet „Seblas“ eine neue Fußgängerbrücke errichte. Als Ausgleichsmaßnahme iZm mit dem TIWAG-Kraftwerksprojekt „Tauernbach-Gruben“ werde dieses Gerinne auch „biber- und fischtauglich umgebaut“.

Kürzlich wäre seitens der Bezirkshauptmannschaft Lienz die wasser- und naturschutzrechtliche Bewilligung für das Verbauprojekt „Timmeltalerbach“ erteilt worden. Dieses Gerinne müsse aufgrund der Errichtung des Schiweges zur Talstation der EUB „Goldried“ verbaut werden, damit keine Schäden an Anrainerliegenschaften entstehen. Das Vorhaben sollte noch heuer umgesetzt werden.

Der Bürgermeister informiert, dass am 23.08.2023 die Bauverhandlung für den Umbau und die Erweiterung des Wohn- und Pflegeheimes Matrei stattgefunden habe. Mit den Bauarbeiten soll im Frühjahr 2024 begonnen werden. Die Baukosten würden sich auf rd. 12 Millionen Euro belaufen. Zukünftig gäbe es nur mehr Einbettzimmer.

Weiters berichtet er über die Abrechnung der, ursprünglich im Leasingwege geplanten Finanzierung der neuen Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Matrei in Osttirol: Die Anschaffungskosten hätten sich auf € 860.725,73 belaufen. Dazu hätte das Land Tirol finanzielle Beiträge aus dem Landesfeuerwehrfonds, Katastrophenfonds und Gemeindeausgleichsfonds sowie einen Zuschuss für die alte Drehleiter geleistet. Weiters wären Bedarfszuweisungen gewährt worden und hätte auch die Tiroler Versicherung eine finanzielle Unterstützung geleistet. Auch die, an der Finanzierung beteiligten Nachbargemeinden hätten Beiträge des Landes aus dem Gemeindeausgleichsfonds bzw. Bedarfszuweisungen erhalten, sodass schlussendlich von den Nachbargemeinden nur mehr ein Betrag von rd. € 33.000,-- (gegenüber den ursprünglich geplanten rd. € 277.000,--) zu finanzieren sei.

Bezüglich Erweiterung des Feuerwehr- und Gemeinschaftshauses Huben teilt er mit, dass die hierfür zur Verfügung gestandenen Mittel in Höhe von 412.000,-- Euro geringfügig – um rd. 6.000,-- Euro – überschritten worden wären. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Huben hätten durch ihren persönlichen Einsatz einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieses Vorhabens geleistet, wofür er diesen herzlich danken möchte.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass die Raiffeisen Regionalbank Matriei einen Neubau der Bankfiliale in Huben plane und diesbezüglich heute eine Bauverhandlung stattgefunden habe. Das Bauvorhaben sollte bereits Anfang Dezember d.J. fertiggestellt sein.

Weiters erinnert er daran, dass der Bezirkshauptmannschaft Lienz als Aufsichtsbehörde die Niederschriften über die Sitzungen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes binnen drei Wochen nach der jeweiligen Sitzung vorzulegen seien: Dies sei für Schriftführer AL Georg Ranacher eine sehr herausfordernde Aufgabe, zumal die Erstellung der Protokolle eine sehr zeitaufwendige Arbeit sei.

Schließlich informiert der Bürgermeister noch, dass Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner kürzlich an acht Matrieier Ehepaare die Jubiläumsgabe des Landes anlässlich deren Hochzeitsjubiläen sowie die Verdienstmedaille des Landes Tirol an Tobias Trost überreicht hätte.

GR Christoph Köll nimmt Bezug auf das Verbauungsprojekt „Timmeltalerbach“ und fragt, ob die Marktgemeinde Matriei hierfür finanzielle Beiträge zu leisten habe? Seiner Meinung nach sei auch eine Verbauung im Bereich „Gonn Loch“ notwendig.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass die Marktgemeinde Matriei keine finanziellen Beiträge zum Verbauungsprojekt „Timmeltalerbach“ leisten müsse. Bezüglich „Gonn Loch“ verweist er auf ein noch nicht fertiggestelltes Projekt. IdZ. erwähnt der Bürgermeister, dass heute Nachmittag aufgrund einer Eingabe eines Anrainers eine Lokalausweisung beim, im Bau befindlichen Schiweg zur Talstation der EUB „Goldried“ stattgefunden habe.

Zu Punkt 2) der TO:

Anträge des Gemeindevorstandes:

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass drei Anträge des Gemeindevorstandes vorliegen würden, welche nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden sollten.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat daraufhin den **e i n s t i m m i g e n**
B e s c h l u s s,

nachstehend angeführte Anträge des Gemeindevorstandes nachträglich ordnungsgemäß in die Tagesordnung aufzunehmen:

2.1) Beschlussfassung über die Auflegung bzw. Erlassung von Bebauungsplänen im Bereich der Gste. 469/1, 469/2 und 470/12, alle KG. Matriei i.O.-Markt (Armin und Evelin Mattersberger, 9971 Pfarrangerweg 19/1, u.a.):

Sachverhalt: Im Bereich der Gste. 469/1, 469/2 und 470/12, alle KG. Matriei i.O.-Markt, ist eine Grundstücksänderung gemäß Teilungsvorschlag 2 des Zivilgeometers Dipl.-Ing. Rudolf Neumayr vom 06.09.2023, GZl. 3089/2023 vorgesehen. Die, für diese Grundstücke bestehenden (ergänzenden) Bebauungspläne sind an die neue Grundstückskonfigurationen anzupassen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll berichtet, dass im Zuge einer Grenzvermessung festgestellt worden wäre, dass Mauern teilweise nicht zur Gänze auf einem Grundstück stehen würden. Deshalb sei nunmehr eine Grundstücksänderung und idZ auch eine Anpassung der Bebauungspläne an den zukünftigen Grundbuchsstand vorgesehen.

Über Antrag des Gemeindevorstandes fasst der Gemeinderat unter Vorsitz von Bgm. Raimund Steiner gemäß § 64 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Bauamt der Marktgemeinde Matrei i.O. ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Gste. 469/1, 469/2 und 470/12, alle KG. Matrei i.O.-Markt, Plan-Nr. „SunMatrei05“ vom 12.09.2023, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wurde gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

2.2) **Beratung und Beschlussfassung über die Installierung eines Verhandlungsteam iZm dem Kraftwerksprojekt „Tauernbach-Gruben“ der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG und dem Projekt "Umspannwerk Seblas" der TINETZ-Tiroler Netze GmbH:**

Sachverhalt: Mit der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG und der TINETZ-Tiroler Netze GmbH sind noch Verhandlungen iZm dem Kraftwerksprojekt „Tauernbach-Gruben“ und dem Projekt „Umspannwerk Seblas“ zu führen. Vorgeschlagen wird, dass diese Verhandlungen seitens des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Matrei geführt werden, wobei jede Gemeinderatsfraktion noch zusätzlich je ein weiteres Gemeinderats- oder Gemeinderatsersatzmitglied in das Verhandlungsteam nominieren kann.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger vorgeschlagen habe, je ein weiteres Gemeinderats- oder Gemeinderatsersatzmitglied jeder Gemeinderatsfraktion in das Verhandlungsteam zu entsenden. Er berichtet, dass GV-Ersatzmitglied GR Christoph Köll anstelle von GVⁱⁿ Fabienne Lercher an der letzten Besprechung mit einem Vertreter der TIWAG teilgenommen habe und dieser auch zukünftig GVⁱⁿ Fabienne Lercher vertreten werde. Seitens der Liste „Gemeinsam für Matrei“ werde vorgeschlagen, GR-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll in das Verhandlungsteam zu nominieren. Seitens der „Matreier Liste“ werde GR Martin Berger in das Verhandlungsteam entsendet.

GR Daniel Oberwalder ist der Meinung, dass man ein kleineres Verhandlungsteam zusammenstellen und bei Verhandlungen mit der TIWAG zusätzlich einen Rechtsanwalt beiziehen sollte.

Auch Bgm. Raimund Steiner hält die Beiziehung eines Rechtsanwaltes für sinnvoll.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger schließt sich der Wortmeldung von GR Daniel Oberwalder an und erklärt, dass ein großes Verhandlungsteam weniger flexibel sei, als ein kleines: Sie und die weiteren Mitglieder der Gemeinderatsfraktion „Gemeinsam für Matrei“ wären daher der Ansicht, dass das geplante, 7-köpfige Verhandlungsteam als gemeindeinterne Arbeitsgruppe eingerichtet und ein kleineres Verhandlungsteam nominiert werden sollte. Grundsätzlich sei es positiv, dass über Druck der Gemeinderatsfraktion „Gemeinsam für Matrei“ nun endlich Schwung in die Kraftwerksverhandlungen mit der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG komme, nachdem seit Beginn der aktuellen Gemeinderatsperiode diesbezüglich nicht wirklich etwas passiert sei.

GR-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll ist der Meinung, dass Verhandlungen mit einem 7-köpfigen Team schwerer zu führen seien, als mit einem kleineren. Er weist darauf hin, dass der Bürgermeister den gesetzlichen Auftrag habe, die Gemeinde nach außen hin zu vertreten. Weiters erinnert er daran, dass in der abgelaufenen Gemeinderatsperiode der Bürgermeister gemeinsam mit einem Vertreter der Opposition Verhandlungen und Gespräche mit der TIWAG

geführt habe, um gegenüber dem Verhandlungspartner einheitlich auftreten und einstimmige Entscheidungen im Gemeinderat fassen zu können. Deshalb finde er es auch sinnvoll, dass GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger als Listenführerin der oppositionellen Gemeinderatsfraktion „Gemeinsam für Matrei“ an den Verhandlungen mit der TIWAG teilnehme. Seiner Meinung nach sollten aber nur ein oder zwei Personen die „ernsten Gespräche“ mit der TIWAG führen. Eine Arbeitsgruppe, die zusätzlich unterstützend und beratend tätig sei, mache aber durchaus Sinn.

GR.-Ersatzmitglied Elisabeth Raneburger findet es grundsätzlich positiv, wenn mehr Köpfe über ein Thema nachdenken. Sie gehe davon aus, dass mehrere Verhandlungen notwendig sein würden, um zu einem Ergebnis zu kommen, weshalb man mit dem geplanten Verhandlungsteam starten und sich dann die weitere Entwicklung anschauen sollte. Das Verhandlungsteam und die Verhandlungsstrategie könne man dann immer noch anpassen.

GR.-Ersatzmitglied Mag. Bernd Hradecky möchte wissen, was jetzt noch mit der TIWAG verhandelt werden sollte, nachdem mit den Arbeiten für den Kraftwerksstollen in Kürze begonnen werde? Verhandlungen hätte man bereits vor Jahren führen sollen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erinnert daran, dass GR.-Ersatzmitglied Mag. Bernd Hradecky dem „alten Verhandlungsteam“ angehört habe und man dessen Einsatz kenne. Dieser habe in der letzten GR.-Sitzung der abgelaufenen Gemeinderatsperiode gemeint, dass sich die Marktgemeinde Matrei bei den Verhandlungen mit der TIWAG nicht über den Tisch ziehen lassen soll. Sie habe den Eindruck, dass sich in der aktuellen Gemeinderatsperiode noch niemand Gedanken zu diesem Thema gemacht habe. Erst über Druck der Gemeinderatsfraktion „Gemeinsam für Matrei“ komme nun Schwung in die Kraftwerksverhandlungen.

GR Christoph Köll glaubt, dass das meiste schon im Jahre 2016 anlässlich des Verkaufes von Grundflächen im Bereich „Schildalm“ an die TIWAG ausverhandelt worden sei und jetzt nur mehr „Kleinigkeiten“ zu klären wären. Er begrüße jedenfalls die Installierung des Verhandlungsteams. Es sei allerdings notwendig, mit einer abgestimmten Meinung weitere Verhandlungen zu führen. Man müsse sich auch mit der aktuellen Situation auseinandersetzen, nachdem mit den Bauarbeiten in Kürze begonnen werden soll, und versuchen, noch möglichst viel für die Gemeinde herauszuholen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger nimmt Bezug auf die Besprechung mit Mag. Matthias Huter, TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG, bei welcher u.a. über die Zufahrt zum geplanten Krafthausstandort gesprochen worden sei: Damals wäre der Bürgermeister gebeten worden, die Zufahrt seitens der Gemeinde rechtlich zu überprüfen. Sie möchte nunmehr wissen, ob dies erfolgt sei?

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass die Zufahrt zum geplanten Krafthaus auch über zwei Privatgrundstücke erfolge. Laut Auskunft von Mag. Matthias Huter sei die Zufahrtsfrage geklärt und würden Zustimmungen der betroffenen Grundstückseigentümer vorliegen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erklärt, dass laut damaliger Auskunft von Bgm. Raimund Steiner die TIWAG fahren dürfe?

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass er diese Aussage auf die Zufahrt zur Stollenbaustelle in Raneburg getroffen habe. Die Frage von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger beziehe sich aber auf die Zufahrt zum geplanten Krafthaus in Gruben/Landschütz.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt, dass die TIWAG – laut einer, von Alt-Bgm. Dr. Andreas Köll in der GR.-Sitzung vom 25.02.2022 erteilten Information - noch über keine, öffentlich-rechtlich abgesicherte Zufahrt zum geplanten Krafthausstandort „in der Luntschet“ verfüge. „Das stimmt nicht? Das wollten wir ja rechtlich abgeklärt haben.“

Bgm. Raimund Steiner berichtet nochmals, dass diese Zufahrt teilweise über Privatgrund führe und laut Auskunft der TIWAG die Zustimmungen der betroffenen Grundstückseigentümer vorliegen würden. Er informiert, dass er bezüglich der Installierung des Verhandlungsteams mit GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger telefoniert habe und die vorgeschlagene Zusammensetzung mit fünf Mitgliedern der „Matreier Liste“ und zwei Mitgliedern der Liste „Gemeinsam für Matrei“ – analog dem Kräfteverhältnis im Gemeindevorstand und in den Ausschüssen - für einen guten Kompromiss halte.

Über Antrag des Gemeindevorstandes fasst der Gemeinderat unter Vorsitz von Bgm. Raimund Steiner (unter Nichtteilnahme von GR Daniel Oberwalder an der Abstimmung wegen erklärter Befangenheit) den **einstimmigen Beschluss**,

ein Verhandlungsteam – bestehend aus nachstehend angeführten Mandataren – zu installieren, welches Verhandlungen iZm dem Kraftwerksprojekt „Tauernbach-Gruben“ der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG und dem Projekt „Umspannwerk Seblas“ der TINETZ-Tiroler Netze GmbH führt:

- Bgm. Raimund Steiner
- Vize-Bgm. Lukas Brugger, BEd,
- GV Simon Staller
- GV.-Ersatzmitglied GR Christoph Köll
- GR Martin Berger
- GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger
- GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll

2.3) **Genehmigung diverser Auftragsvergaben - Löschwasserentnahmestelle für das regionale Gewerbe- und Industriegebiet „Seblas“:**

Sachverhalt: Mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Lienz vom 17.06.2023, GZl. WR/B-3054/9-2023, wurde der Marktgemeinde Matrei in Osttirol die wasser- und naturschutzrechtliche Bewilligung für die Errichtung einer Löschwasserentnahmestelle im regionalen Gewerbe- und Industriegebiet „Seblas“ erteilt.

Diesbezüglich liegen folgende Angebote vor:

• Fa. HABAU, Rondulaweg 2/6, 9991 Dölsach, vom 10.07.2023	63.354,90 € brutto
• Fa. GPH Geobau GmbH, 9971 Bichler Straße 41, vom 12.09.2023	30.000,00 € brutto
• Fa. VM Bau GmbH, 9971 Alban-Bichler-Straße 3, vom 11.09.2023	23.684,84 € brutto
• Fa. Swietelsky AG, Bürgeraustraße 30, 9900 Lienz, vom 11.09.2023	61.334,77 € brutto

IdZ. wurde beim Land Tirol auch um die Gewährung von Bedarfszuweisungen „in voller Höhe“ angesucht.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass in gegenständlicher Angelegenheit vor ca. 2 Monaten – auf Basis eines Angebotes der Fa. HABAU - ein Ansuchen um Gewährung von Bedarfszuweisungen gestellt worden wäre. Bis dato habe man diesbezüglich noch keine Rückmeldung erhalten. Die gegenständliche Auftragsvergabe wäre in der Bauausschusssitzung vom 04.09.2023 behandelt und damals vorgeschlagen worden, zumindest ein zweites Angebot einzuholen. Erst heute wären drei weitere Angebote eingelangt. Nachdem die Angebotspreise doch weit voneinander abweichen würden, schlage er vor, dass die vorliegenden Angebote von Bauamtsleiter Dipl.-Ing. (FH) Mathias Steiner geprüft und der Auftrag in weiterer Folge – unter der Voraussetzung der Gewährung von Bedarfszuweisungen in voller Höhe - an den Bestbieter vergeben werden sollte.

Über Antrag des Gemeindevorstandes fasst der Gemeinderat unter Vorsitz von Bgm. Raimund Steiner (unter Nichtteilnahme von GRⁱⁿ Stefanie Ruggenthaler an der Abstimmung wegen erklärter Befangenheit) den **einstimmigen Beschluss**,

den Auftrag für die Errichtung der Löschwasserentnahmestelle für das regionale Gewerbe- und Industriegebiet „Seblas“ - nach Prüfung der vorliegenden Angebote der Firmen HABAU, GPH Geobau GmbH, VM Bau GmbH und Swietelsky AG durch Bauamtsleiter Dipl.-Ing. (FH) Mathias Steiner – an den Bestbieter zu vergeben. Dieser Beschluss wird unter der Voraussetzung der Gewährung von Bedarfszuweisungen in voller Höhe gefasst.

Zu Punkt 3) der TO:

Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol im Bereich:

3.1) des Gst. 24/3, KG. Matrei i.O.-Markt, von „Sonderfläche Kindergarten“ in „Kerngebiet“ (Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3):

Sachverhalt: Die Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3, beabsichtigt eine Erweiterung des bestehenden Hotels (Tiefgarage, Sanierung SPA, Verlegung/Errichtung Warmwasserfläche) auf dem Gst. 26/4, KG. Matrei i.O.-Markt. Mit Schreiben vom 26.01.2023 stellt die Naturhotel Outside GmbH nunmehr den Antrag, eine Teilfläche des „Kindergartengrundstückes“ 24/3, KG. Matrei i.O.-Markt, im Ausmaß von rd. 66 m² zu erwerben. Weiters wurde der Antrag gestellt, diese Grundstücksteilfläche in „Kerngebiet“ umzuwidmen.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt – auch unter Bezugnahme auf Punkt 7.1 der Tagesordnung – dass die, für die geplante Grundstücksänderung erforderliche Vermessungsurkunde noch nicht vorliege, weshalb gegenständlicher Tagesordnungspunkt und die Tagesordnungspunkte 4.1 und 7.1 vertagt werden sollten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll ist der Meinung, dass man die gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes trotzdem beschließen könnte. Sollte diese nicht mit der Vermessungsurkunde übereinstimmen, könnte der Flächenwidmungsplan nochmals angepasst werden.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m. § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43/2022, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Planer Raunigis Kranebitter ausgearbeiteten Entwurf vom 07.09.2023, mit der Planungsnummer 717-2023-00020, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol im Bereich des Gst. 24/3, KG. Matrei i.O.-Markt, durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol vor:

Umwidmung Gst. 24/3, KG Matrei i.O.-Markt (rund 66 m²), von „Sonderfläche standortgebunden“ gemäß § 43 (1) a TROG, Festlegung Erläuterung: Kindergarten, in „Kerngebiet“ gemäß § 40 (3) TROG.

Gleichzeitig wurde gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022 der Beschluss über die, dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Bgm. Raimund Steiner schlägt vor, dass der Bauausschuss eine Überprüfung des Flächenwidmungsplanentwurfes und der Vermessungsurkunde vornimmt.

Zu Punkt 4) der TO:

Beschlussfassung über die Auflegung bzw. Erlassung von Bebauungsplänen im Bereich:

4.1) der Gste. 26/4 und 24/3, beide KG. Matrie i.O.-Markt (Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3):

Sachverhalt: Die Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3, beabsichtigt eine Erweiterung des bestehenden Hotels (Tiefgarage, Sanierung SPA, Verlegung/Errichtung Warmwasserfläche) auf dem Gst. 26/4, KG. Matrie i.O.-Markt. Mit Schreiben vom 26.01.2023 stellt die Naturhotel Outside GmbH nunmehr den Antrag, eine Teilfläche des „Kindergartengrundstückes“ 24/3, KG. Matrie i.O.-Markt, im Ausmaß von rd. 66 m² zu erwerben. Weiters wurde um Änderung des Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Gste. 26/4 und 24/3, beide KG. Matrie i.O.-Markt, angesucht.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Bauamt der Marktgemeinde Matrie i.O. ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Gste. 24/3 und 26/4, beide KG. Matrie i.O.-Markt, Plan-Nr. „HotelOutside02“ vom 06.02.2023, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wurde gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

4.2) des Gst. 115/2, KG. Matrie i.O.-Markt (Verlassenschaft nach Ernst Weiskopf, 9971 Marstallweg 1):

Sachverhalt: Der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrie in Osttirol hat in seiner Sitzung vom 30.05.2023 die Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich des Gst. 115/2, KG. Matrie i.O.-Markt, beschlossen. Im Zuge des Ordnungsprüfungsverfahrens hat die raumordnungsfachliche Amtssachverständige eine Stellungnahme abgegeben und darin ua. die Festlegung der Baufluchtlinie sowie die undifferenzierte Bauhöhe eingewendet. Diesbezüglich wurde der Bebauungsplanentwurf nunmehr entsprechend angepasst.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass seitens der Aufsichtsbehörde im Zuge des Ordnungsprüfungsverfahrens eine Änderung der Festlegung der Baufluchtlinie vorgeschlagen worden wäre.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 5 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Bauamt der Marktgemeinde Matrie i.O. ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung eines Bebauungsplanes im Bereich des Gst. 115/2, KG. Matrie i.O.-Markt, Plan-Nr. „Weiskopf02“ vom 06.09.2023, durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wurde gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

4.3) der Gste. 588/2, 588/3 und 588/4, alle KG. Matriei i.O.-Land (Werner Riepler, 9971 Franz-Eichhorstweg 23):

Sachverhalt: Werner Riepler, 9971 Franz-Eichhorstweg 23, beabsichtigt, auf dem Gst. 588/3, KG. Matriei i.O.-Land, ein Einfamilienwohnhaus mit Stellplatzüberdachung zu errichten. Aufgrund der schmalen Grundstücksbreite von lediglich 18 m ist die Situierung des Wohnhausneubaues – unter Einhaltung der erforderlichen Grenzabstände – schwierig, weshalb die Erlassung eines Bebauungsplanes für den genannten Bauplatz und erforderlichenfalls für die beiden Nachbargrundstücke 588/2 und 588/4, beide KG. Matriei i.O.-Land, beantragt wird.

GV Simon Staller, Obmann des Bauausschusses, informiert, dass der Bauausschuss die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes befürwortet: Dieser sehe u.a. die Festlegung einer gestaffelten Baufluchtlinie auf dem Gst. 588/3, KG. Matriei i.O.-Land, entlang des Gemeinde-Franz-Eichhorstweges vor.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Bauamt der Marktgemeinde Matriei i.O. ausgearbeiteten Entwurf über die Neuerlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der Gste. 588/2, 588/3 und 588/4, alle KG. Matriei i.O.-Land, Plan-Nr. „RieplerWerner_Eichhorstw“ vom 29.08.2023, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wurde gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

4.4) der Gste. 1109/1 und 1139/2, beide KG. Matriei i.O.-Land (Trost GmbH, 9971 Seblas 51):

Sachverhalt: Dipl.-Ing. Lukas Rohrer, 9900 Lienz, Adolf Purtscher-Straße 16, hat in Vertretung der Fa. Trost GmbH, 9971 Matriei i.O., Seblas 51, bei der Baubehörde der Marktgemeinde Matriei i.O. einen Antrag auf Erteilung einer Grundteilungsbevollmächtigung im Bereich der Gste. 1109/1 und 1139/1, beide KG. Matriei i.O.-Land, eingebracht. Laut dem Antrag und der angeschlossenen Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Lukas Rohrer vom 17.07.2023, GZl. 1193/2018, wird das Gst. 1139/2, KG. Matriei i.O.-Land, gelöscht und mit dem Gst. 1109/1, KG. Matriei i.O.-Land, vereinigt. Für die beiden genannten Grundstücke besteht ein (ergänzender) Bebauungsplan. Damit die vorgesehene Grundstücksänderung behördlich bewilligt werden kann, ist eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig.

GV Simon Staller, Obmann des Bauausschusses, teilt mit, dass aufgrund der geplanten Zusammenlegung der Gste. 1109/1 und 1139/2, beide KG. Matriei i.O.-Land, eine Bebauungsplanänderung notwendig sei. Für beide genannten Grundstücke würden zukünftig dieselben Festlegungen gelten. Seitens des Bauausschusses werde die Änderung des Bebauungsplanes befürwortet.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 5 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

den, vom Bauamt der Marktgemeinde Matrei i.O. ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Gste. 1109/1 und 1139/2, beide KG. Matrei i.O.-Land, Plan-Nr. „TrostGmbH08“ vom 04.09.2023, durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wurde gemäß § 64 Abs. 4 TROG 2022 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

4.5) des Gst. 1539/7, KG. Matrei i.O.-Land (Fa. Lauster Steinbau GmbH, 9971 Kienburg 1).

Sachverhalt: Die Fa. Lauster Steinbau GmbH, 9971 Kienburg 1, hat bei der Baubehörde der Marktgemeinde Matrei i.O. um Erteilung der baubehördlichen Genehmigung für die Sanierung (Abbruch und Neubau) der Dachkonstruktion bei der, auf der Gp. 1539/7, KG. Matrei i.O.-Land, bestehenden Werkhalle 3 angesucht. Für dieses Grundstück besteht ein Bebauungsplan mit einer maximalen Bauhöhe von 790 m.ü.A. Die maximale Höhe der bestehenden Werkhalle liegt auf einer Höhe von 790,54 m.ü.A. Mit Schreiben vom 21.08.2023 ersucht die Fa. Lauster Steinbau GmbH um Aufhebung des gegenständlichen Bebauungsplanes.

GV Simon Staller, Obmann des Bauausschusses, erklärt, dass der Bauausschuss die Aufhebung des gültigen Bebauungsplanes, welcher ursprünglich iZm einer geplanten, schlussendlich aber nicht umgesetzten Betriebserweiterung erlassen worden wäre, befürworte: Das, seitens der Fa. Lauster Steinbau GmbH nunmehr geplante Bauvorhaben könne auch ohne Vorliegen eines Bebauungsplanes baubehördlich genehmigt werden.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat gemäß § 64 Abs. 6 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, den **einstimmigen Beschluss**,

folgende Verordnung über die Aufhebung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes zu erlassen:

§ 1

Der bisher in Kraft stehende Bebauungsplan und ergänzende Bebauungsplan vom 23.12.2005, Plannr. „LAUSTER 01“, im Bereich der Gste. 1538/1, 1538/2, 1539/4, 1539/5, 1539/6, 1539/7, 1544 und 1550/1, alle KG. Matrei i.O.-Land, welcher in der GR.-Sitzung vom 30.12.2005 beschlossen worden ist, wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt gemäß § 66 Abs. 3 TROG 2022, LGBl. Nr. 43, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 63/2023, mit dem Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft, das ist nach Ablauf von zwei Wochen nach dem Anschlag dieser Kundmachung an der Amtstafel der Marktgemeinde Matrei in Osttirol. Gleichzeitig tritt die Verordnung Plannr. „LAUSTER 01“ vom 30.12.2005 außer Kraft.

Zu Punkt 5) der TO:**Genehmigung diverser Verträge und Vereinbarungen,
abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Matrei und:****5.1) der Felbertauernstraße AG, 9900 Lienz, Albin-Egger-Straße 17:**

Sachverhalt: Der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol hat in seiner Sitzung vom 03.07.2017 einen Tauschvertrag mit der Felbertauernstraße AG beschlossen, laut welchem dieser aus dem Gemeinde-Gst. 3815/4, KG. Matrei i.O.-Land, eine Teilfläche im Ausmaß von rd. 3.743 m² übertragen werden soll. Der forstfachliche Amtssachverständige hat in seiner forstfachlichen Stellungnahme vom 02.02.2023 festgestellt, dass durch die Teilung des Gst. 3815/4, KG. Matrei i.O.-Land, und durch die Vereinigung des Trennstückes „4“ mit dem Gst. 4513, KG. Matrei i.O.-Land, die Mindestausmaße von einem Hektar Waldfläche nicht mehr gegeben sein werden. Aus forstfachlicher Sicht ist die Waldteilung aufgrund des unzureichenden Mindestflächenausmaßes im Hinblick auf § 44 Abs. 1 Tiroler Waldordnung unzulässig. Die Felbertauernstraße AG möchte deshalb von der Marktgemeinde Matrei i.O. das gesamte Gst. 3815/4, KG. Matrei i.O.-Land, erwerben. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol hat daraufhin in seiner Sitzung vom 04.04.2023 zu Tagesordnungspunkt 8.3) mehrheitlich beschlossen, das gesamte Gst. 3815/4, KG. Matrei i.O.-Land, zum Preis von € 0,60 pro m² an die Felbertauernstraße AG, 9900 Lienz, Albin-Egger-Straße 17, zu verkaufen. IdZ wurde nunmehr von RA Dr. Erwin Wibmer ein Tauschvertrag ausgearbeitet.

Dieser Vertragsentwurf wurde von RA Dr. Gernot Gasser überprüft und von diesem einige Änderungen vorgeschlagen, welche in den nunmehr vorliegenden Vertragsentwurf eingearbeitet worden sind. Laut Mitteilung von RA Dr. Gernot Gasser vom 04.09.2023 entspricht dieser Kaufvertrag nunmehr dem GR.-Beschluss vom 04.04.2023 und kann dieser seines Erachtens freigegeben werden, wobei empfohlen wurde, neuerlich den Gemeinderat damit zu befassen.

Bgm. Raimund Steiner erinnert daran, dass der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol den Verkauf des Gst. 3815/4, KG. Matrei i.O.-Land, an die Felbertauernstraße AG bereits einmal genehmigt habe. Der nunmehr vorliegende Vertragsentwurf sei von RA Dr. Gernot Gasser überprüft worden und könne vom Gemeinderat beschlossen werden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass er dem Grundverkauf in der GR.-Sitzung vom 04.04.2023 deshalb nicht zugestimmt habe, da gegenständliches Grundstück wesentlich mehr wert wäre, als die angebotenen 60 Cent pro Quadratmeter. Außerdem sei im Vertragsentwurf nicht erwähnt, dass die Felbertauernstraße AG die Kosten für die Sanierung der „Landeckbachbrücke“ übernommen habe. Aus diesen Gründen werde er heute gegen die Genehmigung des Vertrages stimmen.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass der Grundverkauf bereits vom Gemeinderat beschlossen worden wäre. Heute sei nur mehr der Vertrag zu genehmigen.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) den **m e h r h e i t l i c h e n B e s c h l u s s**,

den Kaufvertrag zwischen der Felbertauernstraße AG, 9900 Lienz, Albin-Egger-Straße 17, einerseits und der Marktgemeinde Matrei in Osttirol andererseits in der vorliegenden Fassung zu genehmigen. Eine Fotokopie dieses Vertrages liegt dem Originalprotokoll bei.

5.2) dem Tourismusverband Osttirol, Mühlgasse 11, 9900 Lienz:

Sachverhalt: Der Tourismusverband Osttirol ist seit dem 01.01.1982 Mieter von Erdgeschossflächen des Rathauses. Der Mietzins für den Mietgegenstand mit einer Nutzfläche von gesamt 252,54 m² beträgt aktuell (Stand August 2023) € 984,81 netto. Dies entspricht einem Quadratmeterpreis von € 3,90 netto.

Nunmehr wurde mit dem TVB-Obmann eine Anhebung des Mietzinses auf aktuell € 9,12 netto (analog Mietvertrag mit der Fa. Bstieler OG) vereinbart. Die Anhebung soll rückwirkend mit 01.01.2023 erfolgen. Der neue Mietzins soll mit 01.09.2023 angewiesen werden. Damit ergibt sich folgendes Bild:

Mietzins pm. - bisher:	984,81 € netto
Mietzins pm. - neu:	2.303,16 € netto
Differenz pm.	1.318,35 € netto
Nachzahlung 01/2023 bis einschließlich 08/2023:	10.596,70 € netto

Der Mietvertrag neu (im Entwurf) liegt bei.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass er - gemeinsam mit FVW Mag. Michael Rainer – Verhandlungen mit TVB-Obmann Franz Theurl bezüglich einer Anpassung des Mietzinses für die TVB-Räumlichkeiten im Erdgeschoß des Rathauses geführt habe, nachdem der bisher vereinbarte Mietzins sehr niedrig gewesen sei. Er erwähnt, dass der Tourismusverband Osttirol selbst einiges in den Umbau dieser Büroräume investiert habe.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass der vereinbarte Mietzins für den Standort immer noch sehr günstig sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, ob zu gegenständlichem Tagesordnungspunkt ein Vertrag vorliege? Im „Session-Programm“ sei ein solcher nicht abrufbar.

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass ein Vertragsentwurf vorliege.

GV Simon Staller, weist darauf hin, dass der Vertragsentwurf im „Session-Programm“ lediglich im „Sammeldokument“ enthalten sei. Beim Tagesordnungspunkt selbst fehle dieser.

GRⁱⁿ Manuela Niederegger fragt, ob der bestehende Vertrag adaptiert oder ein neuer Vertrag abgeschlossen werde.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass ein neuer Vertrag abgeschlossen werde.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erkundigt sich nach der Vertragslaufzeit.

Bgm. Raimund Steiner: „Bis 31.12.2042.“

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

den vorliegenden Mietvertrag zwischen dem Tourismusverband Osttirol, Mühlgasse 11, 9900 Lienz, einerseits und der Marktgemeinde Matrei in Osttirol andererseits zu genehmigen. Eine Fotokopie dieses Vertrages liegt dem Originalprotokoll bei.

5.3) der easyleasing GmbH, Wiedner Gürtel 11, 1100 Wien:

Sachverhalt: Der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol hat in seiner Sitzung vom 15.06.2018 die Anschaffung des Kompakttraktors „John Deere 3038 R“ (samt diversem Zubehör) für das „Matreier Tauernstadion“ beim Lagerhaus Hermagor genehmigen. Die Finanzierung erfolgte im Leasingwege bei der easyleasing GmbH. Der Leasingvertrag ist im August d.J. ausgelaufen und soll das Fahrzeug nunmehr mit Bezahlung der letzten Leasingrate in Höhe von € 774,97 brutto angekauft werden, wofür der Abschluss des vorliegenden Kaufvertrages notwendig ist.

FWV Mag. Michael Rainer informiert, dass bei gegenständlichem Vertrag das Ende der Leasinglaufzeit erreicht sei. Der Leasingvertrag sei so gestaltet worden, dass das Fahrzeug mit Bezahlung der letzten Leasingrate in das Eigentum der Marktgemeinde Matrei übergehe.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

den Kaufvertrag zwischen der easyleasing GmbH, Wiedner Gürtel 11, 1100 Wien, einerseits und der Marktgemeinde Matrei in Osttirol andererseits zu genehmigen. Eine Fotokopie des Vertrages liegt dem Originalprotokoll bei.

5.4) dem Verein Sportunion iDM Matrei in Osttirol:

Sachverhalt: Der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol hat in seiner Sitzung vom 08.08.2023 einen Vertragsentwurf mit dem Verein Sportunion iDM Matrei in Osttirol betreffend die Verpachtung des Restaurants im „Tauerncenter“ samt Küche, WC-Anlagen und Lagerräumen sowie Foyer und Garderobe behandelt und beschlossen, diesen zur weiteren Beratung und Ausarbeitung eines Ausschreibungstextes an den Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen. Dieser Ausschuss hat sich in seiner Sitzung am 31.08.2023 mit gegenständlicher Angelegenheit befasst und wurde darauf ein geänderter Bestandsvertrag ausgearbeitet.

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass er im Vorfeld der heutigen Sitzung mit GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger telefoniert und mit dieser besprochen habe, zunächst die Verpachtung des Restaurants öffentlich auszuschreiben. Der Entwurf eines Ausschreibungstextes sei den Mandataren im Wege des „Session-Programmes“ zur Verfügung gestellt worden.

GR Daniel Oberwalder weist darauf hin, dass laut vorliegendem Ausschreibungstext bei Veranstaltungen im „Matreier Tauerncenter“ mit mehr als 100 TeilnehmerInnen das Lokal, das Herren-WC und das Damen-WC offen zu halten seien. Er schläge vor, das Offenhalten auf die WC-Anlagen zu beschränken. Ein Veranstalter hätte nämlich im Falle, dass ein anderer „Caterer“, als der Pächter des Lokales, die Verpflegung übernehme, keine Möglichkeit, das Lokal und die Küche zu nutzen. Deshalb sollten nur die WC-Anlagen und der Zugang zu diesen offengehalten werden müssen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger meint, dass der, von GR Daniel Oberwalder angesprochenen Passus überhaupt herausgenommen werden sollte: Es sei nämlich ein Unterschied, ob ein Pächter das Restaurant ganzjährig betreiben möchte, was für Matrei sehr wichtig wäre, oder eben nur bei Veranstaltungen nutzen werde. Wenn jemand das Restaurant nur für Veranstaltungen nutzen möchte, dann stehe dieses bei Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen im „Tauerncenter“, bei welchen nicht der zukünftige Pächter die Verpflegung übernehme, nicht zur Verfügung. Sie erwähnt weiters, dass für sie die Ausarbeitung eines professionellen Konzeptes für das Tauerncenter in Verbindung mit Restaurant, Schulveranstaltungen und Veranstaltungen von Vereinen ohnehin notwendig und sinnvoll sei. Weiters hält sie fest, dass die Ausschreibung nicht – wie vom Gemeinderat aufgetragen - vom Wirtschafts- und Tourismusausschuss ausgearbeitet worden sei, sondern in der Gemeindeverwaltung. Der Ausschuss habe jedenfalls nicht das getan, was diesem vom Gemeinderat aufgetragen worden sei.

Laut GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll muss jemand, der ein Angebot legt, jedenfalls wissen, dass die Restaurant-WC-Anlagen bei Veranstaltungen mit mehr als 100 TeilnehmerInnen benötigt werden. Eine diesbezügliche Information sollte daher nicht als Bedingung, sondern als Hinweis in der Ausschreibung enthalten sein, wobei seinerseits folgende Formulierung vorgeschlagen wird: „Es wird darauf hingewiesen, dass bei Veranstaltungen im Tauerncenter mit mehr als 100 TeilnehmerInnen die WC-Anlagen des Restaurants benötigt werden.“

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

die Verpachtung des Restaurants „Tauerncenter“ im „Matreier Schulzentrum“ gemäß vorliegendem Ausschreibungstext (mit der, von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll vorgeschlagenen Korrektur) an der Amtstafel, auf der Homepage und der Gem2Go-App der Marktgemeinde Matrei sowie im Osttiroler Boten und auf dolomitenstadt.at öffentlich auszuschreiben. Angebote sind bis spätestens 15.10.2023, 12.00 Uhr, abzugeben.

Zu Punkt 6) der TO:

Genehmigung diverser Auftragsvergaben:

6.1) Fa. Kufgem - Angebot DSGVO-Betreuung:

Sachverhalt: Bis 31.08.2023 war Mag. Martin Schonger (Fa. GemNova) als Datenschutzbeauftragter für die Marktgemeinde Matrei in Osttirol tätig. Aufgrund der Schließung der Fa. GemNova ist nun ein neuer Datenschutzbeauftragter zu ernennen.

Seitens der Fa. Kufgem liegt ein aktuelles Angebot vor. Dies beinhaltet die komplette Übernahme als Datenschutzbeauftragter (lt. Beilage).

Bisherige Kosten:

€ 3.108,- einmalig für die Umsetzung lt. DSGVO, sowie Schulungen der Mitarbeiter

€ 98,-/Stunde für die laufende Betreuung

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

die Fa. KufGem GmbH, Fischergries 2, 6330 Kufstein, mit der DSGVO-Betreuung (gemäß Angebot vom 25.08.2023) zu beauftragen und die idZ anfallenden Kosten zu genehmigen.

Zu Punkt 7) der TO:

Diverse Verkehrsregelungen und Grundangelegenheiten:

7.1) Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3:

Sachverhalt: Die Naturhotel Outside GmbH, 9971 Virgener Straße 3, beabsichtigt eine Erweiterung des bestehenden Hotels (Tiefgarage, Sanierung SPA, Verlegung/Errichtung Warmwasserfläche) auf dem Gst. 26/4, KG. Matrei i.O.-Markt. Mit Schreiben vom 26.01.2023 stellt die Naturhotel Outside GmbH nunmehr den Antrag, eine Teilfläche des „Kindergartengrundstückes“ 24/3, KG. Matrei i.O.-Markt, im Ausmaß von rd. 66 m² zu erwerben. IdZ wurde angeboten, mit der Errichtung der neuen Mauer der Tiefgarage auch eine Kletterwand für die Kindergartenkinder zu errichten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll erwähnt, dass gegenständlicher Vertragsentwurf nicht beschlossen werden könne, da die Vermessungsurkunde noch nicht vorliege.

Bgm. Raimund Steiner schlägt eine Vertagung des gegenständlichen Tagesordnungspunkte und Behandlung des Vertragsentwurfes im Bauausschuss vor, womit sich die Mitglieder des Gemeinderates **einhellig** einverstanden erklären.

7.2) Straßenbauprojekt Mesner-Bichl-Guggenberg:

Sachverhalt: Das Amt der Tiroler Landesregierung, Agrar Lienz, hat ein generelles Straßenbauprojekt für den zeitgemäßen Ausbau der bestehenden Straße vom Weiler „Bichl“ (Hofstelle vulgo „Gassen“) bis zur Kehre 2 der öffentlichen Interessentenstraße „Ganz-Guggenberg“ mitsamt der Zufahrt zur Hofstelle vulgo „Mesner“ und der St. Nikolauskirche ausgearbeitet. Seitens des Gemeinderates der Marktgemeinde Matriei in Osttirol soll nunmehr die Zustimmung zu diesem Straßenbauvorhaben erteilt werden.

Bgm. Raimund Steiner erklärt anhand des vorliegenden Orthofotoplanes der Agrar Lienz das geplante Erschließungsprojekt, dessen Umsetzung schon seit mehreren Jahrzehnten geplant sei. Ein großes Thema bei den Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern seien die Grundablösen gewesen.

GR Andreas Rainer regt idZ auch eine Regelung der, derzeit teilweise noch über Privatgrund verlaufenden Zufahrt zur St. Nikolaus Kirche von der Fraktion Waier aus an.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass sich die Gesamtkosten dieses Bauvorhabens auf € 979.000,-- brutto belaufen würden. Mit den Bauarbeiten soll noch im heurigen Jahr im Bereich der St.-Nikolaus-Kirche begonnen werden. Die hierfür vorgesehenen Kosten würden sich auf rd.

€ 100.000,-- belaufen, wovon die Marktgemeinde Matriei einen Betrag von € 18.750,-- zu tragen habe. Für die Übernahme dieses Gemeindeanteiles durch das Land Tirol liege bereits eine Zusage vor.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass idZ auch die Errichtung eines Parkplatzes notwendig und sinnvoll wäre. Ein solcher sei im gegenständlichen Projekt aber nicht vorgesehen, sollte nach Möglichkeit aber berücksichtigt werden.

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass man im Zuge der zahlreichen Verhandlungen auch über dieses Thema gesprochen habe: Die Planung und Umsetzung eines Parkplatzes sei im Rahmen dieses Vorhabens laut Aussage der Agrar Lienz nicht möglich, da es sich hier um ein Hoferschließungsprojekt handle. Virgil Rainer habe aber bereits angekündigt, selbst einen Parkplatz anlegen zu wollen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, was konkret vom Gemeinderat zu beschließen sei?

Bgm. Raimund Steiner antwortet: „Die Zustimmung zum Straßenbauprojekt und die Finanzierung für das heurigen Jahr.“

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll möchte noch wissen, ob auch Grundangelegenheiten beschlossen würden?

Diese Frage wird von Bgm. Raimund Steiner mit „ja“ beantwortet.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

dem, vom Amt der Tiroler Landesregierung, Agrar Lienz, 9900 Lienz, Kärntner Straße 43, ausgearbeiteten „Generellen Projekt“, Zl. AgLZ-458 G/92-2023, sowie den, idZ. notwendigen Grundtransaktionen zuzustimmen. Weiters wird der, für das Jahr 2023 vorgesehene Gemeindekostenanteil in Höhe von € 18.750,-- genehmigt.

7.3) Fa. Trost GmbH, 9971 Seblas 51:

Sachverhalt: Die Trost GmbH, 9971 Matriei i.O., Seblas 51, hat bei der Baubehörde der Marktgemeinde Matriei in Osttirol um die Erteilung der baubehördlichen Genehmigung für die geänderte Situierung bzw. Ausführung des bewilligten Bürogebäudes und der bewilligten Überdachung mit Eingangsüberdachung sowie für den Zubau eines Gaslagers und von

Schwerlastregalen mit Überdachungen zum bestehenden Betriebsgebäude auf der Gp. 1109/1, KG. Matrei i.O.-Land, angesucht. Für gegenständliches Grundstück besteht ein (ergänzender) Bebauungsplan, in welchem gegenüber den Verkehrsflächen Straßen- und Baufluchtlinien festgelegt sind. Diese werden mit einem Teil des Daches der nordwestseitigen Überdachung überbaut, wofür gemäß § 5 Abs. 3 TBO 2022 die Zustimmung des Straßenverwalters erforderlich ist. Mit Schreiben vom 21.08.2023 wird um Zustimmung zur Überbauung der Straßen- und Baufluchtlinie im nordwestlichen Bereich des Gst. 1109/1, KG. Matrei i.O.-Land, angesucht.

GV Simon Staller, Obmann des Bauausschusses, teilt mit, dass der Bauausschuss gegenständlichen Antrag behandelt habe und vorschläge, der Überbauung der Straßen- und Baufluchtlinie zuzustimmen. Der, vom Bauausschuss verlangte Lageplan liege zwischenzeitlich vor.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

gemäß § 5 Abs. 3 Tiroler Bauordnung 2022 die Zustimmung zu erteilen, dass die, im (ergänzenden) Bebauungsplan für das Gst. 1109/1, KG. Matrei i.O.-Land, gegenüber den Verkehrsflächen festgelegten Straßen- und Baufluchtlinien mit einem Teil des Daches der nordwestseitigen Überdachung überbaut werden dürfen.

7.4) Zustimmung zur Aufstellung von Informationstafeln für den „Talweg Matrei“:

Sachverhalt: Der Tourismusverband Osttirol beabsichtigt die Aufstellung von Informationstafeln für den „Talweg Matrei i.O.“. IdZ hat der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol in seiner Sitzung vom 08.08.2023 beschlossen, der Aufstellung von Informationstafeln für den „Talweg Matrei“ auf den Gstn. 645/4 und 37/1, beide KG. Matrei i.O.-Markt, sowie den Gstn. 4330, 1878/1 und 3990/1, alle KG. Matrei i.O.-Land, zuzustimmen und den vorliegenden Gestattungsvertrag mit dem Tourismusverband Osttirol, 9900 Lienz, Mühlgasse 11, abzuschließen. Nunmehr soll auch auf dem „Maurerplatz“ (Gst. 644/1, KG. Matrei i.O.-Markt) eine Informationstafel aufgestellt werden, wofür um Erteilung der Zustimmung angesucht wird.

Weiters beabsichtigt der Tourismusverband Osttirol die Aufstellung einer Informationstafel für eine Laufstrecke in Matrei im Bereich des „Matreier Tauernstadions“, wofür ebenfalls um Erteilung einer Zustimmung ersucht wird.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass auf dem „Maurerplatz“ eine weitere Informationstafel für den „Talweg Matrei“ aufgestellt werden soll. Im Bereich des „Matreier Tauernstadions“ beabsichtige der TVB Osttirol die Aufstellung einer Informationstafel für eine Laufstrecke in Matrei.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

der Aufstellung je einer Informationstafel für den „Talweg Matrei“ auf dem „Maurerplatz“ (Gst. 644/1, KG. Matrei i.O.-Markt) sowie für die „Laufstrecke Matrei“ im Bereich des „Matreier Tauernstadions“ zuzustimmen und idZ Gestattungsverträge mit dem Tourismusverband Osttirol, 9900 Lienz, Mühlgasse 11, abzuschließen. Eine Fotokopie des Vertrages liegt dem Originalprotokoll bei.

7.5) Alois Ranacher, 9971 Pattergasse 4 (Änderung des Straßenverlaufs im Bereich Gst. 276/19, KG. Matrei i.O.-Markt):

Sachverhalt: Im Bereich der „Gemeinde-Alban-Bichler-Straße“ ist eine Änderung des Straßenverlaufes vorgesehen: Dieser soll geringfügig in das Gst. 276/11, KG. Matrei i.O.-Markt,

im Eigentum von Alois Ranacher verlegt und idZ aus diesem Grundstück eine Fläche im Ausmaß von rd. 75 m² an das Öffentliche Gut Gst. 276/19, KG. Matrei i.O.-Markt, abgetreten werden. Im Gegenzug soll Alois Ranacher aus diesem Grundstück eine Fläche im Ausmaß von rd. 77 m² zwecks Vereinigung mit seinem Gst. 276/8, KG. Matrei i.O.-Markt, erhalten. Die Änderung des Straßenverlaufes bzw. die Grundstücksteilflächen sind im Lageplan des Bauamtes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol vom 10.07.2023, Plan-Nr. „Tausch Ranacher01“, dargestellt.

GV Simon Staller, Obmann des Bauausschusses, berichtet, dass im Bauausschuss darüber beraten worden wäre, wer die Kosten für die geplante Straßenverlegung zu tragen habe: Nachdem diese Maßnahme von Alois Ranacher angeregt worden sei, sollte dieser nach Meinung des Bauausschusses auch sämtliche Kosten der Straßenverlegung (inkl. Vertragserrichtung) übernehmen.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**,

einer Änderung des Straßenverlaufes im Bereich des Öffentlichen Gutes Gst. 276/19, KG. Matrei i.O.-Markt – wie im Lageplan des Bauamtes der Marktgemeinde Matrei in Osttirol vom 10.07.2023, Plan-Nr. „Tausch Ranacher 01“, dargestellt – zuzustimmen. Sämtliche, idZ anfallenden Kosten sind von Alois Ranacher, 9971 Pattergasse 4, zu tragen.

Zu Punkt 8) der TO:

Änderungen der Richtlinie über die Gewährung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe:

Sachverhalt: Mit Schreiben vom 31.05.2023, GZl. WBF-87/32-2023, haben LH Anton Mattle und 1. LH-Stv. Dr. Georg Dornauer die Gemeinden Tirols darüber informiert, dass die Tiroler Landesregierung in ihrer Sitzung am 30.05.2023 eine Änderung der Richtlinie über die Gewährung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe mit Wirksamkeit 01.06.2023 beschlossen hat. Um möglichst rasch die Umstellung des anrechenbaren Wohnungsaufwands für die jeweilige Gemeinde durchführen zu können, wurden die Gemeinden ersucht, auf Gemeindeebene die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Weiters wurden jene Gemeinden, die eine betragsmäßige Limitierung der monatlichen Beihilfe vorgesehen haben, gebeten, diese Grenze kritisch zu hinterfragen bzw. zu erhöhen.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass LH Anton Mattle und LH-Stv. Dr. Georg Dornauer in einem Schreiben an die Tiroler Bürgermeister ersucht hätten, im Falle einer betragsmäßig limitierten monatlichen Beihilfe diese zu erhöhen. In Matrei liege die Obergrenze derzeit bei € 130,--. Im Jahre 2022 hätte die Marktgemeinde Matrei Annuitäten- und Mietzinsbeihilfen in Höhe von rd. € 3.900,-- bezahlt.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, ob die Obergrenze erhöht werden soll?

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass man darüber im Gemeinderat beraten werde.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll möchte wissen, wann die, für Matrei gültige Obergrenze festgelegt worden sei?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass der Gemeindevorstand im Jahre 2004 die Einführung einer betragsmäßigen Obergrenze in Höhe von € 130,-- beschlossen habe. Davon hätte die Marktgemeinde einen Anteil von 20 % zu tragen. Im Jahre 2018 habe dann der Gemeinderat die Beibehaltung dieser betragsmäßigen Obergrenze beschlossen. Er teilt mit, dass die jährlichen Belastungen – im Schnitt der letzten 5 Jahre - zwischen rund € 4.000,-- und € 6.000,-- liegen würden und weist darauf hin, dass sich bereits durch die, vom Land Tirol beschlossenen Änderungen der Richtlinien über die Gewährung von Mietzins- und Annuitätenbeihilfen der Bezieherkreis vergrößern und somit auch die finanziellen Belastungen für die Gemeinden steigen würde. Aus diesem Grunde werde seitens der Finanzverwaltung eine Beibehaltung der betragsmäßig festgelegten Obergrenze vorgeschlagen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass sich Mieten, die aufgrund von Darlehen berechnet würden, durch die steigenden Darlehenszinsen erhöhen würden, was zur Folge haben könnte, dass sich einige die Wohnungsmiete nicht mehr leisten könnten. Seit dem Jahre 2004 seien die Mieten ziemlich stark indexiert worden. Das Land Tirol werde froh sein, wenn die Marktgemeinde die Betragsobergrenze beibehalte, da es dann weniger zahlen müsse. Interessant wäre noch, ob bzw. welche Obergrenzen andere Gemeinden hätten. Jemand, der auf die Mietzins- und Annuitätenbeihilfe angewiesen sei, könnte in anderen Gemeinden eventuell höhere finanzielle Unterstützungen erhalten.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass kein Gemeindevergleich angestellt worden sei: Er gehe aber davon aus, dass Matriei eher im unteren Bereich liege. Die Mietzins- und Annuitätenbeihilfe betreffe ja nur private Mietwohnungen. Wohnungen von Wohnbauträgern seien davon nicht umfasst: Für diese gäbe es die Wohnbeihilfe. Er erwähnt nochmals, dass aus budgetären Gründen keine Erhöhung der Obergrenze beschlossen werden sollte, da sich die finanzielle Belastung für die Gemeinde durch den zu erwartenden größeren Bezieherkreis ohnehin erhöhen werde.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll meint, dass eine Indexierung der Obergrenze keine Erhöhung darstellen würde.

GR.-Ersatzmitglied Elisabeth Raneburger schlägt eine Beibehaltung der Obergrenze vor.

FVW Mag. Michael Rainer bemerkt, dass eigentlich auch das Land Tirol die Gemeinden finanziell entlasten könnte, indem der Aufteilungsschlüssel von derzeit 80 % Land und 20 % Gemeinden zugunsten der Gemeinden geändert werde.

Nach Ansicht von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll könnte sich ein Ausschuss nochmals mit gegenständlicher Angelegenheit befassen.

GRⁱⁿ Manuela Niederegger fragt, ob eine maximale Obergrenze festgelegt sei?

FVW Mag. Michael Rainer antwortet, dass die Obergrenze gemeindeautonom festgelegt werden könne.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger möchte wissen, ob man herausfinden könne, wie vielen Personen im Falle der Erhöhung der Obergrenze eine Mietzins- und Annuitätenbeihilfe zustehen würde bzw. um wieviel man die Obergrenze erhöhen müsse, damit zusätzliche Personen eine Beihilfe beantragen könnten?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass es nicht an der Gemeinde liege, wem eine Mietzins- und Annuitätenbeihilfe gewährt werde, da die Richtlinien ja vom Land festgelegt bzw. geändert worden wären. Die Gemeinde habe nur darüber zu entscheiden, ob man die derzeit festgelegte Obergrenze von € 130,-- pro Monat beibehalte oder erhöhe. Ob sich der Bezieherkreis ändere, könne die Gemeinde nicht beeinflussen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, ob Ansuchen um Gewährung von Mietzins- und Annuitätenbeihilfen beim Land gestellt werden müssten?

Diese Frage wird von FVW Mag. Michael Rainer mit „ja“ beantwortet: Er erklärt weiters, dass in Matriei zwischen 18 und 20 Personen eine Mietzins- und Annuitätenbeihilfe beziehen würden. Etwas mehr als die Hälfte davon würde die Obergrenze von € 130,-- pro Monat ausschöpfen. Von diesen € 130,-- hätte die Gemeinde 20 %, somit € 26,-- pro Monat zu tragen. Im Jahre 2022 habe die finanzielle Belastung der Marktgemeinde Matriei rd. € 3.800,-- betragen.

Bgm. Raimund Steiner meint, aus der Diskussion herauszuhören, dass man der Empfehlung von FVW Mag. Michael Rainer folgen und die bestehende Obergrenze von € 130,-- pro Monat beibehalten sollte.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **e i n s t i m m i g e n**
B e s c h l u s s,

dass sich die Marktgemeinde Matriei in Osttirol weiterhin an der geänderten Mietzins- und Annuitätenbeihilfe des Landes Tirol (gemäß Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 30.05.2023) beteiligt. Die, in der Sitzung des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Matriei in Osttirol vom

10.12.2004 beschlossene und in der GR.-Sitzung vom 17.10.2018 bestätigte betragsmäßige Obergrenze in Höhe von € 130,-- wird beibehalten.

Zu Punkt 9) der TO:

**Tiroler Gemeindeverband - Beratung und Beschlussfassung
über die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages:**

Sachverhalt: Am 19.09.2023 findet der Tiroler Gemeindetag des Tiroler Gemeindeverbandes statt: Mit Schreiben vom 16.08.2023 wurde informiert, dass der Gemeindetag kurzfristig (wie schon in der Beschlussvorlage für den Gemeindetag am 10.07.2023 vorgesehen) eine **Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von € 2,00/Einwohner noch für 2023** (gedeckt mit 10.000 Einwohnern, das wären insgesamt ca. EUR 1,2 Mio) beschließt. Es wurde angeraten, hierüber bereits vor dem Gemeindetag am 19.09.2023 einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss einzuholen.

Bgm. Raimund Steiner hält eingangs fest, dass er sämtliche Unterlagen des Tiroler Gemeindeverbandes zu gegenständlichem Tagesordnungspunkt an die Mitglieder des Gemeinderates weiterleiten habe lassen. Heute müsse der Gemeinderat darüber entscheiden, ob der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von € 2,--/Einwohner für das Jahr 2023 zugestimmt werde oder nicht. Er erinnert idZ auch an eine Videokonferenz am 07.09.2023, zu welcher auch alle GemeinderätInnen eingeladen worden wären, welche aber aufgrund technischer Probleme abgebrochen worden wäre. Er sei der Meinung, dass Matrie aufgrund der aktuellen finanziellen Situation einer Beitragserhöhung nicht zustimmen könne, da eine solche mit Kosten in Höhe von rd. € 10.000,-- jährlich verbunden sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger teilt mit, dass sie eigentlich an der Videokonferenz teilnehmen hätte wollen, sich aber nicht anmelden hätte können. Somit habe es auch keine Information zu gegenständlicher Angelegenheit gegeben. Sie bezeichnet die Vorgehensweise des Landes und des Gemeindeverbandes als dilettantisch: Man habe zwar alle Tiroler Gemeindemandatare zur Videokonferenz eingeladen, aber nicht dafür Sorge getragen, dass auch alle daran teilnehmen konnten.

Bgm. Raimund Steiner hat aufgrund von Gespräch mit anderen BürgermeisterInnen den Eindruck gewonnen, dass die Gemeinden weiterhin einen Gemeindeverband wollen, allerdings nicht in der derzeitigen Form.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass der Bürgermeister die Gemeinde beim Tiroler Gemeindetag zu vertreten habe. Wenn der Gemeinderat heute einen konkreten Beschluss fasse, sei der Bürgermeister an diesen gebunden. Er schlage daher vor, dass der Bürgermeister beim Tiroler Gemeindetag selbst entscheiden sollte, wie er abstimme, und das Abstimmungsverhalten dann nachträglich im Gemeinderat „abgesegnet“ werde.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt, dass ihm ein konkreter Auftrag des Gemeinderates lieber wäre.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger meint, dass es beim Tiroler Gemeindetag ja eine Mehrheit für oder gegen eine Erhöhung geben werde müssen.

Bgm. Raimund Steiner geht davon aus, dass im gegenständlichen Fall – im Gegensatz zum außerordentlichen Gemeindetag zum Thema GemNova, bei welchem das Anwesenheitsquorum von 90 % nicht erfüllt worden sei – nur eine einfache Mehrheit notwendig sein werde.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, ob im Falle einer Genehmigung der Erhöhung des Mitgliederbeitrages anlässlich des Tiroler Gemeindetages auch die Marktgemeinde Matrie diesen zahlen müsse?

Bgm. Raimund Steiner meint, dass dies wohl so sein werde. In diesem Falle werde man auch dafür um Gewährung von Bedarfszuweisungen ansuchen müssen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt, dass der Tiroler Gemeindeverband schon eine wichtige Einrichtung für die Tiroler Gemeinden sei. Eine Entscheidung in gegenständlicher Angelegenheit zu treffen sei sehr schwierig.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll: „Wie lautet dein Antrag?“

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages abgelehnt werden soll.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 14 gegen 3 Stimmen (Gegenstimme von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll sowie Stimmenthaltungen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger und GR Gabriel Presslaber) den **m e h r h e i t l i c h e n B e s c h l u s s**,

eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zum Tiroler Gemeindeverband von € 2,-- pro Einwohner noch für das Jahr 2023 (gedeckt mit 10.00 Einwohnern) abzulehnen.

Zu Punkt 10) der TO:

Neukonditionierung von Gemeindedarlehen und an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragene OK-Darlehen gemäß Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023:

Sachverhalt: Gemäß der, vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt wurden mit allen Finanzgläubigern Verhandlungen geführt. Diese Verhandlungen wurden unter Teilnahme des Landes (Büro des Landeshauptmann/Landesamtsdirektion/Gemeindeabteilung beim Amt der Tiroler Landesregierung) geführt. Auf Basis der, von den Banken erhaltenen Angebote über Stundungen und Zinsnachlässe (etwa durch Umstieg auf Fixverzinsungen) wurden nunmehr durch die Fa. BDO Consulting GmbH entsprechende Szenarienberechnungen durchgeführt und Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Von der Neukonditionierung sind sowohl Gemeindedarlehen (Austrian Anadi Bank AG, UniCredit Bank Austria AG, Raiffeisen Regionalbank Matrei i.O. eGen., DolomitenBank Osttirol Westkärnten eG. und Lienzer Sparkasse AG), als auch an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragene OK-Darlehen (Kommunalkredit Austria AG) betroffen.

Bgm. Raimund Steiner hält eingangs fest, dass die, an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragenen OK-Darlehen nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes seien. Der Abwasserverband Hohe Tauern Süd habe einer Neukonditionierung dieser Darlehen bereits zugestimmt.

FVW Mag. Michael Rainer informiert, dass es sich diesbezüglich um zwei, ursprünglich von der Marktgemeinde Matrei bei der Kommunal-Kredit aufgenommene Darlehen zur Errichtung von Ortskanalanlagen im Rahmen des ABA-BA08 handle, die in weiterer Folge an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragen worden wären. Die ursprünglichen Darlehenshöhen hätten € 130.000,-- bzw. € 210.000,-- betragen. Aushaftend seien derzeit noch rd. € 44.700,-- bzw. rd. € 72.300,--. Beide Darlehen würden noch bis Ende 2028 laufen. Bei diesen beiden Darlehen hätte der Abwasserverband bereits einen Umstieg auf eine Fixverzinsung (4,19 %) beschlossen, womit eine Ersparnis von rd. € 3.500,-- verbunden wäre. Somit habe die Kommunal-Kredit für die Marktgemeinde Matrei indirekt einen finanziellen Beitrag geleistet, welcher sich in Form einer Reduzierung der Umlage an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd auswirke.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob diese Neukonditionierung vom Gemeinderat nur zur Kenntnis zu nehmen sei oder ob es dafür auch noch der Zustimmung des Gemeinderates bedürfe?

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass diese Neukonditionierung vom Gemeinderat nur zur Kenntnis zu nehmen sei. Darlehensnehmer wäre nämlich der Abwasserverband Hohe Tauern Süd und dieser habe über Antrag des Obmannstellvertreters seine Zustimmung erteilt.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll erkundigt sich, wann der Abwasserverband Hohe Tauern Süd diese Beschlussfassung vorgenommen habe?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass die Neukonditionierung in der Verbandsversammlung vom 17.08.2023 beschlossen worden wäre.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll möchte noch wissen, ob die Darlehen Verbandskanäle betreffen würden?

FVW Mag. Michael Rainer teilt mit, dass die Darlehen für die Errichtung der Ortskanalisation der Marktgemeinde Matriei aufgenommen worden wären.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass weitere Darlehen, welche beispielsweise bei der Anadi-Bank oder der Lienzer Sparkasse aufgenommen worden wären, an den Abwasserverband Hohe Tauern Süd übertragen worden seien. „Warum werden diese nicht umgestellt?“

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass diese Angelegenheit für die nächste Verbandsversammlung vorbereitet werde. Er habe aber noch keinen Sitzungstermin mit dem Geschäftsführer des Abwasserverbandes vereinbart.

Der Bürgermeister informiert weiters, dass die Neukonditionierung der Darlehen ja aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Land Tirol und der Marktgemeinde Matriei notwendig sei. Davon sei der Abwasserverband nicht betroffen und dieser daher auch nicht verpflichtet, einen Beitrag dazu zu leisten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass die Marktgemeinde Matriei die gesamte Haftung für diese Darlehen übernommen und diese somit auch die Darlehensraten zur Gänze zu tragen habe.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass man zuerst die Ergebnisse der Verhandlungen der Marktgemeinde Matriei mit den Finanzgläubigern abgewartet habe, um einen Ansatz für die Verhandlungen des Abwasserverbandes mit den Banken zu haben.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll stellt fest, dass in diesem Falle nur die Matrieier Vertreter in der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Hohe Tauern Süd entscheiden würden. Für ihn stelle sich die Frage, warum im Falle der Marktgemeinde Matriei kurzfristig eine Entscheidung zu treffen sei, im Falle des Abwasserverbandes aber nicht?

Bgm. Raimund Steiner verweist diesbezüglich auf die Vorgabe des Landes, zeitnah eine Einigung mit den Finanzgläubigern herbeizuführen. Er informiert, dass man die aktuelle Berechnung der Fa. BDO erst heute um ca. 17.00 Uhr erhalten habe.

FVW Mag. Michael Rainer berichtet über die Vorgabe des Landes Tirol, dass auch die Finanzgläubiger im Zuge der Restrukturierung der Gemeindeverbindlichkeiten einen Beitrag zur Sanierung des Gemeindehaushaltes leisten sollten. Es hätten zahlreiche Verhandlungen mit den Finanzgläubigern stattgefunden, an welchen immer ein Vertreter aus dem Büro von Landeshauptmann Anton Mattle teilgenommen habe und zeitweise auch Vertreter der Gemeindeabteilung und der Landesamtsdirektor. Seitens der Finanzgläubiger seien recht unterschiedliche Angebote unterbreitet worden, beispielsweise Stundungen, Zinsnachlässe oder auch Neukonditionierungen von Darlehen durch den Umstieg auf eine Fixverzinsung. Die verschiedenen Vorschläge werde er anhand einer Präsentation noch im Detail zur Kenntnis bringen. Von Seiten der DolomitenBank Osttirol-Westkärnten eG wäre eine Stundung der Annuitätsleistungen für die Dauer von drei Jahren angeboten worden. Die anderen Bankinstitute hätten einen Umstieg auf eine Fixverzinsung mit zeitlich unterschiedlichen Fristen angeboten. Daraufhin habe die Fa. BDO eine erste Kalkulation und Berechnung vorgenommen, welche den Gemeindemandataren bereits zur Verfügung gestellt worden wäre. Die Lienzer Sparkasse und die Raiffeisen Regionalbank Matriei hätten ihre, vor ca. 2 Wochen abgegebenen Fixzinsangebote

bis Ende September d.J. verbindlich zugesagt. Die UniCredit Bank Austria AG und die Austrian Anadi Bank AG hätten in ihren Angeboten darauf hingewiesen, dass die Fixzinsangebote lediglich Indikationen darstellen und wir zeitnah zur GR.-Sitzung aktuelle Zinssätze mitgeteilt bekommen würden. Vergangene Woche seien diese beiden Banken nochmals um Übermittlung tagesaktueller Zinssätze ersucht worden, welche dann auch abgegeben worden wären.

Weitere Informationen erteilt der Finanzverwalter in der Folge anhand der, von der Fa. BDO Consulting GmbH erstellen Präsentation „Neukonditionierung Banken – Szenariorechnung bestehender Darlehen“, welche in Fotokopie dem Originalprotokoll beigelegt wird:

Die linke Darstellung auf Seite 2 dieser Präsentation stelle die, auf Basis des Survey of Monetary Analysts erstellte Prognose für den EZB-Leitzins dar. Diese beinhalte eine grundsätzliche Aussage, nämlich dass der Leitzins in den nächsten Jahren sinken werde. Interessanter, weil für die Berechnungen relevant, sei die Grafik auf der rechten Seite, die die Annahme der BDO darstellen würde: Im Rahmen der Szenarioplanung werde von der Fa. BDO bis Ende 2024, hinsichtlich variabel verzinsten Darlehen, ein EURIBOR in Höhe von 3,93 % angenommen. Ab dem Jahr 2025 bzw. 2026 werde mit einem EURIBOR in Höhe von 3,50 % bzw. 3,00 % kalkuliert, ab dem Jahre 2030 mit einem EURIBOR in Höhe von 2,50 %. Die Zinssätze seien bekanntlich im höchsten Maße volatil: In dem Moment, in dem man darüber rede, können sich diese schon wieder ändern. Man könne auch nicht abschätzen, wie sich diese entwickeln würden. Deshalb sei es wichtig, einen Anhaltspunkt zu haben, um eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat zu bekommen, so der Finanzverwalter.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass laut Meinung von Experten der EURIBOR-Zinssatz in den nächsten Jahren wieder fallen werde.

FVW Mag. Michael Rainer merkt hiezu an, dass es sich dabei um Annahmen handle und nicht ausgeschlossen werden könne, dass dieser Zinssatz kurzfristig auch noch steigen könne. Dies würde die positiven Effekte verstärken. Die Prognosen bzw. Annahmen würden von einem sinkenden EURIBOR ausgehen, ob dies aber so schnell zutrefe und in welchem Ausmaß dies der Fall sein werde, könne letztendlich seriös wohl niemand voraussagen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll meint, dass die Banken die Prognosen der Zinsentwicklung für ihre Berechnung der Fixzinssätze für die nächsten fünf Jahre heranziehen würden. Diese Prognosen würden aber eher der Vorhersage für den EZB-Leitzins entsprechen. Die BDO gehe von höheren Zinsen aus, um seiner Ansicht nach begründen zu können, dass sich für die Marktgemeinde Matriei durch die Neukonditionierung der Darlehen Einsparungen ergeben. Warum seitens der BDO diese Annahme getroffen werde, die für ihn nicht glaubwürdig sei, hätte er gerne mit einem Vertreter dieses Unternehmens geklärt. Die Marktgemeinde müsse der BDO hunderttausende Euro zahlen, aber bei wichtigen Entscheidungen im Gemeinderat sei kein Vertreter anwesend, um Fragen abzuklären. Man habe in den letzten Tagen zwar zahlreiche Unterlagen und Informationen von FVW Mag. Michael Rainer bekommen; trotzdem hätte er aber noch einige Fragen mit der Fa. BDO abzuklären, beispielsweise jene, warum diese auf höhere Zinssätze komme, als die Prognose für den EZB-Leitzins auf Basis des Survey of Monetary Analysts.

Bgm. Raimund Steiner informiert, dass die Unterlagen der Fa. BDO der Aufsichtsbehörde und dem Land Tirol übermittelt worden wären. Aus deren Sicht könne der Neukonditionierung der Darlehen zugestimmt werden.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt dazu, dass die Gemeindemandatare die gerade präsentierte Unterlage der Fa. BDO erst heute um ca. 18.30 Uhr erhalten hätten. Für sie stelle sich die Frage, ob diese Unterlage an das Land übermittelt und von diesem geprüft worden sei? In der Berechnung der Fa. BDO von letzter Woche wären andere, von dieser geschätzte Werte für die gesamte Laufzeit der jeweiligen Darlehen herangezogen worden. Für die 5-Jahres-Berechnung sei ein Zinssatz von 5,93 % angesetzt worden, wodurch sich eine relativ hohe Einsparung ergäbe. Sie möchte wissen, welche Unterlagen an das Land Tirol übermittelt worden seien?

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass er heute um ca. 17.00 Uhr mit Magnus Gratl telefoniert und von diesem die Mitteilung erhalten habe, „dass es aus Sicht des Landes passen würde.“

FVW Mag. Michael Rainer teilt mit, dass das Land Tirol die, den Gemeindemandataren heute übermittelte und gerade präsentierte Unterlage der Fa. BDO noch nicht bekommen habe.

Bgm. Raimund Steiner hält fest, dass dem Land Tirol die Unterlage vom vergangenen Freitag zur Verfügung gestellt worden sei, welche nur geringfügig von der aktuellen Fassung abweiche.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger weist nochmals darauf hin, dass sie letzte Woche eine Unterlage der Fa. BDO erhalten habe, in welcher für die Berechnung die, seitens der BDO angenommen Werte für die gesamte Laufzeit der jeweiligen Darlehen herangezogen worden seien. Für die 5-Jahres-Berechnung wäre ein Zinssatz von 5,93 % angesetzt worden. Sie fragt nochmals, ob das Land Tirol die, den Gemeindemandataren heute um ca. 18.30 Uhr übermittelte Unterlage der Fa. BDO erhalten habe?

FVW Mag. Michael Rainer antwortet, dass dem Land Tirol die Unterlage der Fa. BDO vom vergangenen Freitag „mit 5,93 %“ übermittelt worden sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erinnert, dass der Bürgermeister vorhin erklärt habe, dass das Land die Einsparungen begrüße. Das Land Tirol sei aber von anderen Voraussetzungen ausgegangen. Der Liste „Gemeinsam für Matriei“ müsse man schon zugestehen, dass man genau nachfrage, zumal man sich eingehend mit dieser Thematik beschäftigt habe.

Bgm. Raimund Steiner weist darauf hin, dass sich auch nach der aktuellen Berechnung der Fa. BDO Einsparungen für die Marktgemeinde Matriei ergeben würden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bezweifelt diese Aussage: Es sei zu hinterfragen, warum die Fa. BDO höhere Werte ansetze, als die EZB? Erst durch diese Annahme komme es bei einem Umstieg auf einen Fixzinssatz zu einer Einsparung. Bei Berücksichtigung der Prognose für den EZB-Leitzins würde sich keine Ersparnis für die Marktgemeinde Matriei ergeben. Diese Thematik wäre mit einem Experten der Fa. BDO zu klären. Der Gemeinderat müsse heute über eine Umschuldung von Darlehen in Höhe von rd. 14 Millionen Euro entscheiden, es könne aber niemand erklären, warum die Fa. BDO bei der Berechnung andere Werte ansetze, als andere Experten.

Bgm. Raimund Steiner meint, dass man sich auf die Annahme der Fa. BDO verlassen könne, da diese ja „Experte auf diesem Gebiet“ sei.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält nochmals fest, dass es erst aufgrund der Annahmen der Fa. BDO zu Einsparungen für die Marktgemeinde Matriei komme. Er habe sich bei „Bankexperten“ erkundigt und müsse feststellen, dass die Banken eigentlich nichts nachgelassen hätten. Diese würden die Darlehen in ihren Bilanzen mit denselben Werten weiterführen, wie bisher. Er bezweifle, dass die Annahmen der Fa. BDO realistisch seien.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass sich die heute übermittelte Unterlage von der, vergangene Woche zur Verfügung gestellten Unterlage lediglich darin unterscheide, dass zwei Banken neue Angebote mit aktualisierten Zinssätzen geliefert hätten. Die, die Indikationen ersetzende Zinssätze hätten sich aus Sicht der Marktgemeinde verschlechtert. Die 5-Jahres-Berechnung sei in der heutigen Unterlage auf Seite 2 neu dargestellt. Die Änderungen werde er anhand der Unterlage der Fa. BDO noch zur Kenntnis bringen. Er erwähnt, dass die Kalkulation seitens der Banken ganz wesentlich von der Bonität der Gemeinde abhängt.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll meint, dass die Banken die Bonität in den Aufschlag hineinrechnen würden, nicht in den Basiszinssatz. Der Aufschlag sei in der Unterlage aber nirgends abgebildet.

FVW Mag. Michael Rainer bringt in der Folge die aktuelle Unterlage der Fa. BDO zur Kenntnis. Auf Seite 4 sei eine Übersicht der Ist-Situation der laufenden Darlehen abgebildet. Er berichtet, dass das Darlehen bei der Kommunalkredit von der Neukonditionierung nicht betroffen sei, da dieses im kommenden Jahr auslaufe.

Daraufhin informiert der Finanzverwalter ausführlich über die verschiedenen, seitens der Austrian Anadi Bank, UniCredit Bank Austria, Raiffeisen Regionalbank Matriei, Dolomitenbank und Lienzer Sparkasse gelegten Angebote, u.a. über die Änderungen der Zinsbelastungen bei den verschiedenen, angebotenen Varianten.

Zum Angebot der Dolomitenbank Osttirol-Westkärnten erklärt er, dass dieses eine Stundung der Annuitätenleistung, sohin von Tilgung und Zinsen, für einen Zeitraum von drei Jahren, beginnend mit der Annuität per 31.12.2023 vorsehe. Die Tilgung würde dann zum 31.12.2026 fortgesetzt werden, wobei die gestundeten Annuitäten auf die Restlaufzeit aufgeschlagen und verzinst werden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass dieses Angebot in den ersten drei Jahren eine tatsächliche Ersparnis bringe und die Dolomitenbank die einzige Bank sei, die eigentlich etwas nachlasse.

FVW Mag. Michael Rainer weist darauf hin, dass das Angebot der Dolomitenbank im Hinblick auf die Sicherung und Stärkung der Liquidität der Marktgemeinde ein sehr brauchbarer und guter Vorschlag sei.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass die Einsparungen unter Zugrundelegung der Annahmen der Fa. BDO in den nächsten 5 Jahren sehr gering seien. Wenn man die Prognose für den EZB-Leitzins berücksichtige, wirke sich die Neukonditionierung sogar negativ auf die Marktgemeinde Matriei aus. Deshalb wäre es für ihn wichtig gewesen, wenn ein Vertreter der Fa. BDO hierzu genauere Erklärungen abgeben hätte können.

FVW Mag. Michael Rainer bringt in der Folge die Handlungsempfehlung der Fa. BDO zur Kenntnis: Bei der Austrian Anadi Bank, der UniCredit Bank Austria, der Raiffeisen Regionalbank und der Lienzer Sparkasse werde eine Umstellung auf eine 5-Jahres-Fixverzinsung vorgeschlagen. Danach müsste mit den Banken neu verhandelt werden. Im Falle eines Umstieges auf eine Fixverzinsung bei der Raiffeisen Regionalbank würde der Aufschlag von 1,15 % nicht schlagend.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob die Raiffeisenbank in jedem Fall den Aufschlag erhöhen würde?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass dies schon im ursprünglichen Angebot der Raiffeisenbank so enthalten gewesen sei.

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass die Raiffeisenbank den Aufschlag immer auf 1,15 % erhöhen werde, auch wenn man die bestehenden Darlehen weiterführe.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bezeichnet dies als wichtige Information und fragt, ob diese schriftlich vorliege?

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass die bestehenden Kreditverträge eine einseitige Zinsanpassung möglich machen würden. Derzeit liege der Aufschlag bei 0,9 %, nach dem 5. Jahr bei 1,15 %.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll stellt nochmals die Frage, ob die Raiffeisenbank den Aufschlag auf jeden Fall erhöhen werde, auch wenn man das vorliegende Angebot ablehne und bei den variabel verzinsten Kreditverträgen bleibe?

Bgm. Raimund Steiner antwortet mit „ja“.

FVW Mag. Michael Rainer bestätigt die Antwort des Bürgermeisters: Die Zinsanpassungsklausel in den bestehenden Kreditverträgen mit der Raiffeisen Regionalbank würde einen entsprechenden Passus enthalten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll stellt fest, dass diese Information dem Gemeinderat bisher nicht bekannt gewesen sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erkundigt sich, ob diese Information in den „alten Unterlagen“ erwähnt worden sei?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass die Raiffeisen Regionalbank Matriei von Anfang an die einzige Bank gewesen sei, die eine Erhöhung des Aufschlages kommuniziert habe. Nachdem eine nähere Spezifizierung aus dem Angebot nicht zu entnehmen gewesen wäre, habe er nachgefragt und die, wohlgermerkt telefonische Auskunft erhalten, dass der erhöhte Aufschlag auch bei Nichtinanspruchnahme des Fixzinsangebotes schlagend werde. Dieser Sachverhalt sei in der vorliegenden Handlungsempfehlung der Fa. BDO so berücksichtigt.

Der Finanzverwalter bringt daraufhin folgenden Auszug aus der Szenariorechnung der Fa. BDO durch Verlesen zur Kenntnis:

- Die Berechnung erfolgte unter der Annahme, dass die Zinsen im mittelfristigen Zeitraum (3-5 Jahre) wieder gesenkt werden.
- Unter Berücksichtigung der Prognosen und Erwartungen werden die Zinsen (inkl. Aufschlag) nach Auslauf der gewählten Fixzinszeiträume unter den Fixzins fallen (langfristig).
- Die Raiffeisen Regionalbank ist das einzige Institut, welche den Aufschlag auf den 6M-EURIBOR um 0,25% erhöht. Derzeitiger Aufschlag 0,9%; zukünftiger Aufschlag über die Restlaufzeit 1,15%.
- Unter den getroffenen Annahmen wird, im Sinne der Planungssicherheit, empfohlen mit den angeführten Finanzinstituten eine Fixzinsvereinbarung über die nächsten 5 Jahre zu treffen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger weist darauf hin, dass die Aussage „...Unter Berücksichtigung der Prognosen und Erwartungen werden die Zinsen (inkl. Aufschlag) nach Auslauf der gewählten Fixzinszeiträume unter den Fixzins fallen...“ mit den eigenen Prognosen der Fa. BDO nicht übereinstimme. 2024 und 2025 könne diese noch passen, aber nicht mehr für 2026 bis 2028. Bei allen Banken sei der Fixzins in diesen drei Jahren höher, als der angenommene EURIBOR-Aufschlag.

FVW Mag. Michael Rainer meint, dass die Aussage der Fa. BDO schon richtig sei: Das, was GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erwähnt habe, könne natürlich zutreffen, wenn im 5-Jahres-Zeitraum der EURIBOR noch steige.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass die Annahme, der EURIBOR steige noch einmal, alle Prognosen widerspreche.

FVW Mag. Michael Rainer merkt an, dass den Berechnungen ganz bestimmte Annahmen zugrunde liegen würden und die Ergebnisse unter den getroffenen Annahmen dargestellt seien.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt nochmals, dass die Berechnungen der BDO nicht stimmen würden: BDO würde ihre eigenen, angenommenen Prognosen konterkarieren.

Laut Meinung von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll wird in der Sitzungsunterlage der Eindruck vermittelt, als ob der EURIBOR erst nach fünf Jahren unter den Fixzinssatz fallen würde. In Wirklichkeit werde dies aber bereits nach zwei Jahren der Fall sein.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger weist darauf hin, dass beispielsweise bei der Austrian Anadi Bank der prognostizierte EURIBOR laut BDO in den Jahren 2026/27/28 niedriger sei, als das Fixzinsangebot. Dies lasse sich leicht ausrechnen, indem man die Prognose der BDO zuzüglich Zuschlag den angebotenen Fixzinssätzen gegenüberstelle. Die Fa. BDO widerspreche aber ihren eigenen Prognosen. In den Jahren 2026/27/28 sei der EURIBOR schon niedriger, als in deren Annahme. Die Fixzinsangebote der Banken seien in ihren Augen kein großer Verhandlungserfolg, da sämtliche Prognosen sinkende Zinssätze voraussagen würden. In einem solchen Fall würde man normalerweise dann nicht auf fix verzinsten Darlehen umsteigen.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner bereits angekündigt habe, die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die Darlehensneukonditionierungen zu erteilen, sofern sich dadurch eine Ersparnis für die Marktgemeinde Matriei ergäbe. Ob es durch die vorliegenden Angebote zu einer Einsparung komme, werde die Aufsichtsbehörde sicher prüfen. Jedenfalls habe ihm auch Magnus Gratl, Büro LH, telefonisch angeraten, die Neukonditionierung zu beschließen, wenn dadurch Einsparungen erzielt würden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bezweifelt, dass es zu Einsparungen komme.

Bgm. Raimund Steiner hält fest, dass laut aktueller Unterlage der Fa. BDO eine leichte Einsparung herauskomme. Sollte es durch die Überprüfung seitens der Aufsichtsbehörde zu einem anderen Ergebnis kommen, werde eine aufsichtsbehördliche Genehmigung auch nicht erteilt.

Für GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll wäre es wichtig, wenn jemand die „unnatürlich hohen Zinsannahmen“ der Fa. BDO erklären könnte. Wenn die Zinsen nur geringfügig niedriger wären, würde keine Ersparnis mehr herauskommen.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt, dass die Aufsichtsbehörde natürlich auch die aktuelle Stellungnahme der Fa. BDO bekomme.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll findet es nicht richtig, dass heute der Gemeinderat eine Abstimmung vornimmt und dann die Aufsichtsbehörde entscheidet, ob es zu Einsparungen komme oder nicht. Er könne heute schon sagen, dass sich die Marktgemeinde Matriei durch die Darlehensneukonditionierungen keine Kosten erspare.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger weist nochmals darauf hin, dass sich die Fa. BDO bei ihren eigenen Prognosen widerspreche: Bei der Austrian Anadi Bank sei der angedachte variable Zinssatz in den Jahren 2026/27/28 niedriger, als der Fixzinssatz.

GV Simon Staller meint, dass sich bei der Austrian Anadi Bank auch unter der Annahme variabler Zinsen in den Jahren 2026/27/28 eine Ersparnis von € 60.000,-- ergäbe.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt dazu, dass – wenn man die eigenen Prognosen der Fa. BDO für die Berechnung heranziehe – eine Einsparung von rd. € 40.000,-- erzielt werden könnte. Wenn dann noch – wie erwähnt – die Anwaltskosten in Höhe von rd. € 35.000,-- von der Marktgemeinde zu übernehmen wären, wäre die Ersparnis gleich Null.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll ist der Meinung, dass die Banken eigentlich gar nichts nachlassen würden: Diese hätten ihre Angebote so gelegt, dass es ihnen weiterhin möglich sei, die Darlehen in ihren Bilanzen mit den bisherigen Werten abzubilden. Die vorliegende Präsentation versuche weiszumachen, dass sich die Gemeinden Zinsen spare. Die Ersparnis sei aber von ursprünglich mehr als € 100.000,-- auf nunmehr rd. € 40.000,-- geschrumpft.

Bgm. Raimund Steiner hält fest, dass man mehrfach im Beisein eines Vertreters des Landes Tirol mit den Banken Gespräche geführt habe. Er sei der Ansicht, dass man die vorliegenden Angebote beschließen könne, da die Aufsichtsbehörde und das Land Tirol ohnehin eine genaue Prüfung vornehmen würden. Sollte sich daraus ergeben, dass es zu keinen Einsparungen für die Marktgemeinde Matriei komme, werde die aufsichtsbehördliche Genehmigung ohnehin nicht erteilt.

GR.-Ersatzmitglied Mag. Bernd Hradecky möchte wissen, ob den Lieferantengläubiger Zinsen gezahlt worden wäre?

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass in den Jahren 2023 und 2024 keine Zinsen bezahlt würden. In den Jahren 2025 und 2026 seien Zinsen in Höhe von je 8,58 % fällig. Die Gruppe der Kleingläubiger sei bereits im heurigen Jahr zur Gänze entschädigt worden.

GR.-Ersatzmitglied Mag. Bernd Hradecky fragt, ob sich das mit dem, was die Banken beim Fixzinssatz haben möchten, ausgehe?

Bgm. Raimund Steiner: „Ja, ungefähr.“ Er hält fest, dass die Marktgemeinde Matriei ab dem Zeitpunkt, als das Land Tirol angekündigt habe, dass 100 % der Verbindlichkeiten zu zahlen seien, keinen Verhandlungsspielraum mehr gehabt habe. Der Gemeinderat sollte heute eine Beschlussfassung vornehmen, damit seitens der Aufsichtsbehörde eine Prüfung vorgenommen und Entscheidung getroffen werden könne.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde keine Entscheidung treffen müsse, wenn die Darlehen zu den bestehenden Konditionen weiterlaufen würden.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, wer die Verhandlungen mit den Banken geführt habe?

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass FVW Mag. Michael Rainer und er im Beisein eines Vertreters des Landes Tirol mit den Banken verhandelt hätten.

FVW Mag. Michael Rainer erinnert, dass auch die Finanzgläubiger laut Vorgabe des Landes Tirol einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten sollten bzw. müssten. Er hält fest, dass die Schuldverhältnisse der Finanzgläubiger eigentlich geregelt seien, diese regelmäßig bedient worden wären und die Marktgemeinde hier mit den Zahlungen auch nicht säumig gewesen wäre. Nun habe sich herausgestellt, dass der Beitrag der Banken in monetärer Hinsicht ein überschaubarer sei. Im Sinne einer Planungssicherheit wären fix verzinsten Darlehen – vor allem in der Phase der Haushaltskonsolidierung – sicher positiv zu sehen. Wie sich die Zinsen schlussendlich tatsächlich entwickeln würden, könne niemand wirklich voraussagen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll meint, dass die Planungssicherheit für die nächsten 5 Jahre als einziges Argument übrigbleibe. Die Präsentation der Fa. BDO versuche weiszumachen, dass sich die Marktgemeinde Matriei etwas erspare, was aber nicht stimme.

GV Simon Staller weist darauf hin, dass die Fa. BDO – laut Ausführungen auf Seite 13 – davon ausgehe, dass der EURIBOR ab 2026 bei 3 % bleibe. In der Annahme auf Seite 5 gehe man allerdings davon aus, dass er ab 2030 nur mehr bei 2,5 % liege.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger hält fest, dass laut Prognose der Fa. BDO die Fixzinssätze z.B. bei der Austrian Anadi Bank in den Jahren 2026/27/28 höher wären, als die variablen Zinsen. Die Ersparnis mache somit nur mehr € 40.000,-- aus, davon wären € 35.000,-- an Anwaltskosten zu zahlen.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt bezüglich der angesprochenen Anwaltskosten, dass er diesbezüglich noch eine Abklärung mit dem Land vornehmen werde. Um einen Besprechungstermin habe er bereits angefragt.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger und GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll machen darauf aufmerksam, dass bei der Austrian Anadi Bank, der UniCredit Bank Austria und der Lienzer Sparkasse nach Ablauf der Fixzinsperiode von 5 Jahren alles wieder offen sei und neue Konditionen zu vereinbaren wären.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass – falls die Neukonditionierungen vom Gemeinderat beschlossen würden – die Marktgemeinde Matriei nach Ablauf der Fixzinsperiode finanziell in der Lage sein sollte, gute Verhandlungsergebnisse – auch mit größtmöglicher Flexibilität in der Auswahl der Gläubiger – zu erzielen. Es liege wohl im Wesen einer Fixverzinsung, dass man mit 50 % richtig und mit 50 % falsch liege: Wenn der EURIBOR falle, werde man sagen, man habe eine falsche Entscheidung getroffen. Wenn er aber steige, habe man eine gute Entscheidung getroffen. Die Planungssicherheit für den Gemeindehaushalt in der Konsolidierungsphase sei in seinen Augen aber ein ganz wesentliches und entscheidungsrelevantes Argument.

Nach Ansicht von GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll sind die Annahmen der Fa. BDO schon jetzt zu hoch. Die Chance, dass sich die Marktgemeinde tatsächlich etwas erspare, liege seiner Meinung nach bei lediglich 10 %. Er könne nach wie vor nicht nachvollziehen, warum die Fa. BDO versuche weiszumachen, dass mit der Neukonditionierung Einsparungen erzielt würden. Der Gemeinderat sollte sich bei der Entscheidungsfindung eigentlich auf die vorliegende Unterlage berufen können, die darin enthaltenen Unklarheiten, die eindeutig vorhanden wären, könnten heute aber nicht geklärt bzw. beantwortet werden. Er gäbe FVW Mag. Michael Rainer schon recht, dass die Fixverzinsung eine Planungssicherheit für fünf Jahre gebe. Die Wahrscheinlichkeit, dass man nach Ablauf dieser fünf Jahre um einiges mehr gezahlt habe, sei jedenfalls gegeben. Er hält fest, dass die Banken – mit Ausnahme der Dolomitenbank – keinerlei finanziellen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten würden.

Bgm. Raimund Steiner meint, dass die Aufsichtsbehörde keine aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilen werde, wenn diese derselben Ansicht sei, wie die Liste „Gemeinsam für Matriei“.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt, dass sich die Liste „Gemeinsam für Matriei“ intensiv mit der gegenständlichen Thematik beschäftigt habe, manch anderer aber offensichtlich nicht. Der

Bürgermeister habe mit den Banken Verhandlungen geführt und müsste diesem demnach bekannt sein, ob die Neukonditionierung der Darlehen ein Vorteil oder Nachteil für die Gemeinde sei.

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass von den Banken keine besseren Angebote gelegt worden wären. Die Fa. BDO habe Berechnungen angestellt und eine Handlungsempfehlung abgegeben.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger ersucht um getrennte Abstimmung über jedes Bankinstitut und um eine Sitzungsunterbrechung. Sie zeigt sich ob des erzielten Verhandlungsergebnisses verwundert über die, seitens der Austria Presseagentur idZ veröffentlichte Presseaussendung, die wohl nur den Zweck gehabt habe, Matrie österreichweit nochmals schlecht zu machen. Sie würde interessieren, wer diese Presseaussendung hinausgegeben habe?

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass sich die Austria Presseagentur bei ihm telefonisch über den Stand der Verhandlungen mit den Banken erkundigt habe, woraufhin er mitgeteilt habe, dass Angebote vorliegen würde. Bereits rund eine Stunde nach diesem Telefonat sei auch schon eine Presseaussendung veröffentlicht worden. Er hält fest, dass er keine Presseaussendung hinausgegeben, sondern lediglich auf eine Anfrage der Presse geantwortet habe. Dies habe er auch Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner und Magnus Gratl mitgeteilt.

In der Folge wird die Sitzung in der Zeit von 22.10 Uhr bis 22.24 Uhr unterbrochen.

FVW Mag. Michael Rainer bringt in der Folge die, zur Genehmigung durch den Gemeinderat vorgesehenen Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen anhand der, im Entwurf vorliegenden Kundmachungen zur Kenntnis. Er weist darauf hin, dass die Kundmachungen die Angebote, Sideletter und Vertragsvereinbarungen der einzelnen Kreditinstitute, die in weiterer Folge Gegenstand der Ansuchen um aufsichtsbehördliche Genehmigung wären, widerspiegeln würden. Die Beschlussfassung sollte wie folgt lauten:

„Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz hat der Gemeinderat der Marktgemeinde Matrie in Osttirol in seiner Sitzung vom 12.09.2023 gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matrie in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen beschlossen.“

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) folgenden

m e h r h e i t l i c h e n B e s c h l u s s :

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz wird gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matrie in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen beschlossen:

Bank:	Austrian Anadi Bank AG
Darlehensnummer:	789.433-011
Verwendungszweck:	Zusammenlegung 2014
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 5.918.585,69
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 4.265.583,88
Laufzeit:	Bis 31.12.2048
Verzinsung:	Fixzinssatz 5,400 % für 5 Jahre (01.10.2023 bis 31.12.2028), nach Ablauf der Fixzinsperiode wird die Kondition neu verhandelt. Die Raten werden an die Laufzeit angepasst.
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsgebühr:	Keine
Kündbarkeiten:	Während der Fixzinsperiode ist der Kredit für beide Seiten unkündbar.

Bank:	Austrian Anadi Bank AG
Darlehensnummer:	007-89401012
Verwendungszweck:	ABA-BA09/1
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 1.200.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 779.883,44
Laufzeit:	Bis 31.12.2048
Verzinsung:	Fixzinssatz 5,400 % für 5 Jahre (01.10.2023 bis 31.12.2028), nach Ablauf der Fixzinsperiode wird die Kondition neu verhandelt. Die Raten werden an die Laufzeit angepasst.
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsgebühr:	Keine
Kündbarkeiten:	Während der Fixzinsperiode ist der Kredit für beide Seiten unkündbar.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz wird gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Vereinbarung, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Matrei in Osttirol, 9971 Matrei in Osttirol, Rauterplatz 1, als Kreditnehmerin, und DolomitenBank Osttirol-Westkärnten eG. FN 41420m, 9900 Lienz, Südtiroler Platz 9, als Kreditgeberin, beschlossen:

Die Kreditgeberin hat der Kreditnehmerin folgende Kreditprodukte gewährt und stellen sich diese zum 03.07.2023 wie folgt dar:

KontoNr.	Kredit- produkt	Rechtsgrund Kreditver- einbarungen vom	Aushaftung	Rahmen	Laufzeit
20.652.844	Abstattungs- kredit	19.12.2013,03.07.2015, 21.01.2016, 27.04.2016, 23.09.2019	- € 295.460,00	- € 295.460,00	30.06.2045

20.652.828	Abstattungs-kredit	03.10.2012,03.07.2015, 21.01.2016, 27.04.2016, 23.09.2019	- € 790.867,50	- € 790.867,50	30.06.2048
20.652.836	Abstattungs-kredit	03.10.2012,03.07.2015, 21.01.2016, 27.04.2016, 23.09.2019	- € 208.856,80	- € 208.856,80	30.06.2048

Wir erklären uns hiermit bereit, die Tilgung und Zinsen der angeführten Kreditprodukte vom 31.12.2023 bis zum 01.07.2026 bis zum Ende der vereinbarten Laufzeiten zu stunden. Die nächste Ratenfälligkeit ist somit der 31.12.2026 in Entsprechung des jeweiligen Einzelvertrages. Die vereinbarten Laufzeiten bleiben unverändert aufrecht. Der durch die Stundung resultierende, bei Laufzeitende jeweils offene Restbetrag ist zu diesem Zeitpunkt auszugleichen („Restrate“) bzw. kann dieser über die Vertragslaufzeit pönalefrei durch eine Vorauszahlung teilweise oder gänzlich ausgeglichen werden.

Die vorliegende Nachtragsvereinbarung bedarf eines zustimmenden Gemeinderatsbeschlusses und wird unter der aufschiebenden Bedingung des Genehmigungsvorbehaltes gemäß § 123 der Tiroler Gemeindeordnung (TGO) abgeschlossen, wonach Rechtsgeschäfte der Gemeinden, die einer Genehmigung nach § 123 Abs. 1 TGO bedürfen, Dritten gegenüber erst durch die Beurkundung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung wirksam werden. Die Bestimmungen der angeführten Kreditvereinbarungen samt allen Zusätzen und Abänderungen bleiben – sofern sie durch diese Vereinbarung nicht berührt werden – vollinhaltlich aufrecht.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz wird gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matrei in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen beschlossen:

Bank:	Lienzer Sparkasse AG
Darlehensnummer:	0000-7519549
Verwendungszweck:	WVA-BA03
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 79.940,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 17.011,50
Laufzeit:	Bis 31.12.2034
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre (vom 01.01.2024 bis 31.12.2028), nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz neu vereinbart.
Zinssatzberechnung:	Laut bestehender, aufsichtsbehördlich genehmigter Kreditvereinbarung
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung.
Bearbeitungsentgelt:	Euro 250,- (pro Nachtragsvereinbarung)

Bank:	Lienzer Sparkasse AG
Darlehensnummer:	0000-7518970

Verwendungszweck: WVA-BA 52
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 69.039,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 12.115,28
Laufzeit: Bis 31.12.2034
Verzinsung: Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre
(vom 01.01.2024 bis 31.12.2028),
nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz
neu vereinbart.
Zinssatzberechnung: Laut bestehender, aufsichtsbehördlich
genehmigter Kreditvereinbarung.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsentgelt: Euro 250,-- (pro Nachtragsvereinbarung)

Bank: Lienzer Sparkasse AG
Darlehensnummer: 0000-7510639
Verwendungszweck: Zusammenlegung 2004
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 2.342.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 828.510,50
Laufzeit: Bis 31.12.2039
Verzinsung: Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre
(vom 01.01.2024 bis 31.12.2028),
nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz
neu vereinbart.
Zinssatzberechnung: Laut bestehender, aufsichtsbehördlich
genehmigter Kreditvereinbarung
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsentgelt: Euro 250,-- (pro Nachtragsvereinbarung)

Bank: Lienzer Sparkasse AG
Darlehensnummer: 1007-033747
Verwendungszweck: ABA-BA 09/2 (o. UFG)
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 600.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 410.606,52
Laufzeit: Bis 31.12.2051
Verzinsung: Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre
(vom 01.01.2024 bis 31.12.2028),
nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz
neu vereinbart.
Verzinsung: Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre
(vom 01.01.2024 bis 31.12.2028),
nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz
neu vereinbart.
Zinssatzberechnung: Laut bestehender, aufsichtsbehördlich
genehmigter Kreditvereinbarung
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsentgelt: Euro 250,-- (pro Nachtragsvereinbarung)

Bank: Lienzer Sparkasse AG
Darlehensnummer: 1007-033754

Verwendungszweck:	ABA-BA 09/2 (m. UFG)
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 1.400.000,00
Per 31.12.2022 aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 812.462,10
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 804.438,07
Laufzeit:	Bis 31.12.2051
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,350 % für 5 Jahre (vom 01.01.2024 bis 31.12.2028), nach Ablauf des Fixzinssatzes wird der Zinssatz neu vereinbart.
Zinssatzberechnung:	Laut bestehender, aufsichtsbehördlich genehmigter Kreditvereinbarung
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung
Bearbeitungsentgelt:	Euro 250,-- (pro Nachtragsvereinbarung)

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz wird gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matri in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen beschlossen:

Bank:	UniCredit Bank Austria AG
Darlehensnummer:	53361-109-969
Verwendungszweck:	ABA-BA09/2 (m. UFG)
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 1.126.948,16
Laufzeit:	bis 30.06.2050
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,460 % für 5 Jahre Konditionenänderung per 31.12.2023, danach ist die Kondition neu zu vereinbaren
Sicherstellung:	aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank:	UniCredit Bank Austria AG
Darlehensnummer:	10005-008-957
Verwendungszweck:	Zusammenlegung
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 2.087.086,91
Laufzeit:	bis 31.12.2038
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,338 % für 5 Jahre Konditionenänderung per 31.12.2023, danach ist die Kondition neu zu vereinbaren
Sicherstellung:	aufsichtsbehördliche Genehmigung

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger weist darauf hin, dass die Fa. BDO im Falle der Raiffeisen Regionalbank Matri eine Beibehaltung der derzeitigen Konditionen vorschläge.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bemerkt dazu, dass sich die Handlungsempfehlung der Fa. BDO in der aktuellen Unterlagen gegenüber der vorherigen geändert habe, obwohl es keinen Unterschied in der Berechnung und im Angebot der Raiffeisen Regionalbank Matriei gäbe.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass sich der Sachverhalt geändert habe: Die Raiffeisen Regionalbank werde jetzt schon den Aufschlag auch bei der derzeitigen variablen Verzinsung erhöhen und nicht erst nach Ablauf der angebotenen Fixzinsperiode.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass die Fa. BDO in der, heute Abend übermittelten Unterlage doch empfehle, auch im Falle der Raiffeisen Regionalbank Matriei auf eine Fixverzinsung umzusteigen. Diese Empfehlung gehe aber aus deren Berechnung nicht hervor und beruhe offensichtlich auf einer Mitteilung, dass der Aufschlag jedenfalls auch bei den bestehenden, variabel verzinsten Darlehen erhöht werde.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) folgenden **m e h r h e i t l i c h e n B e s c h l u s s**:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindeaufsichtsbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft Lienz wird gemäß vom Gemeinderat der Marktgemeinde Matriei in Osttirol beschlossener Vereinbarung mit dem Land Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung über einen Haushaltskonsolidierungsplan zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und auf Grundlage der Handlungsempfehlung der Fa. BDO Consulting GmbH, 8010 Graz, Schubertstraße 62, vom August 2023 nachstehend angeführte Darlehensumstrukturierungen bzw. Darlehensneukonditionierungen beschlossen:

Bank:	Raiffeisenbank Matriei in Osttirol
Darlehensnummer:	20455572
Verwendungszweck:	ABA-BA 09/2 (m. UFG)
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 223.500,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 43.673,36
Laufzeit:	Bis 31.12.2033
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre, rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028), Verrechnung im Nachhinein halbjährlich, ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte, Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor Beginn einer Zinsperiode, Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank:	Raiffeisenbank Matriei in Osttirol
Darlehensnummer:	20452363
Verwendungszweck:	Sanierung Schulen
Ursprüngliche Darlehenshöhe:	Euro 260.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe:	Euro 128.981,02
Laufzeit:	Bis 31.12.2041
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre, rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028), Verrechnung im Nachhinein halbjährlich,

Sicherstellung: ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte, Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor Beginn einer Zinsperiode, Mindestzinssatz 1,15% p.a. Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20457396
Verwendungszweck: Sanierung Schulen
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 200.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 114.455,48
Laufzeit: Bis 30.06.2044
Verzinsung: Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre, rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028), Verrechnung im Nachhinein halbjährlich, ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte, Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor Beginn einer Zinsperiode, Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20463410
Verwendungszweck: WVA-BA06
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 300.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 204.044,57
Laufzeit: Bis 31.12.2050
Verzinsung: Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre, rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028), Verrechnung im Nachhinein halbjährlich, ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte, Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor Beginn einer Zinsperiode, Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20452322
Verwendungszweck: ABA-BA09
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 1.100.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 643.823,55
Laufzeit: Bis 31.12.2045
Verzinsung: Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre,

rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028),
Verrechnung im Nachhinein halbjährlich,
ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals
am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung
6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte,
Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor
Beginn einer Zinsperiode,
Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20457438
Verwendungszweck: ABA-BA 09/2 (o. UFG)
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 650.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 427.840,13
Laufzeit: Bis 30.06.2049
Verzinsung: Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre,
rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028),
Verrechnung im Nachhinein halbjährlich,
ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals
am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung
6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte,
Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor
Beginn einer Zinsperiode,
Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20452330
Verwendungszweck: ABA-BA09/1 - BA09/2
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 1.200.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 702.370,49
Laufzeit: Bis 31.12.2045
Verzinsung: Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre,
rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028),
Verrechnung im Nachhinein halbjährlich,
ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals
am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung
6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte,
Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor
Beginn einer Zinsperiode,
Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

Bank: Raiffeisenbank Matri in Osttirol
Darlehensnummer: 20491254
Verwendungszweck: ABA-BA 10 (ohne UFG)
Ursprüngliche Darlehenshöhe: Euro 100.000,00
Derzeit aushaftende Darlehenshöhe: Euro 82.032,62

Laufzeit:	Bis 31.07.2052
Verzinsung:	Fixzinssatz 4,60 % p.a. für 5 Jahre, rückwirkend ab 01.07.2023 fix bis 30.06.2028), Verrechnung im Nachhinein halbjährlich, ab 01.07.2028 halbjährliche Anpassung, erstmals am 01.07.2028, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Euribor + 1,15 %-Punkte, Berechnungsbasis vorvorletzter Tagessatz vor Beginn einer Zinsperiode, Mindestzinssatz 1,15% p.a.
Sicherstellung:	Aufsichtsbehördliche Genehmigung

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll begründet das Abstimmungsverhalten der Liste „Gemeinsam für Matriei“ wie folgt: Man akzeptiere das Argumente der Planungssicherheit und im Falle der Dolomitenbank Osttirol-Westkärnten das Argument zur Stärkung der Liquidität, wobei man allerdings die Gefahr sehe, dass diese Varianten nach Ablauf von 5 Jahren möglicherweise mehrere hunderttausend Euro mehr an Kosten verursachen würden. Die Berechnungen der Fa. BDO seien weder nachvollziehbar, noch glaubwürdig: Es sei auch kein Vertreter dieses Unternehmens anwesend, der entsprechende Erklärungen abgeben und begründen könne, wie man zu den Handlungsempfehlungen komme. Die Sitzungsunterlage erfülle offensichtlich den Zweck weiszumachen, dass sich die Marktgemeinde durch die Darlehensneukonditionierungen Kosten erspare. Aus diesem Grunde könne die Liste „Gemeinsam für Matriei“ nicht allen Darlehensneukonditionierungen zustimmen. Nach ihren Berechnungen werde die Marktgemeinde Matriei nach fünf Jahren draufzahlen.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass die Begründung der Liste „Gemeinsam für Matriei“ protokolliert werde und bemerkt, dass schlussendlich die Aufsichtsbehörde entscheiden werde. Dafür sei allerdings zunächst eine Beschlussfassung im Gemeinderat notwendig.

Zu Punkt 11) der TO:

Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragsvoranschlag 2023 inklusive angepasstem mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2027:

Sachverhalt: Gemäß § 97 Abs. 1 TGO 2001 hat der Gemeinderat zum Haushalt einen Nachtragsvoranschlag festzusetzen, wenn sich im Lauf des Finanzjahres ergibt, dass

- a) der, im Voranschlag vorgesehene Ausgleich der Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen auch bei Ausnützung aller Möglichkeiten nur durch eine Änderung des Voranschlages erreicht werden kann oder
- b) erhebliche Mittelverwendungen, die im Voranschlag nicht oder nicht in ausreichender Höhe vorgesehen sind, geleistet oder zu leisten übernommen werden müssen.

Gemäß § 97 Abs. 2 TGO 2001 sind Nachtragsvoranschläge in gleicher Weise wie der Voranschlag festzusetzen.

Über die, in § 97 TGO 2001 normierten Sachverhalte hinaus hat sich die Marktgemeinde Matriei in Osttirol in Entsprechung der Bedingungen der Verwendungszusage von Herrn Landeshauptmann Anton Mattle vom 12.06.2023, Gem-G-70717/4/108-2023, in Zusammenhang mit der Gewährung von Bedarfszuweisungen zur Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt (Punkt I) zur Erstellung eines

Nachtragsvoranschlag 2023 einschließlich angepasstem mittelfristigem Finanzplan (Beschlussfassung und Vorlage bis spätestens 15. September 2023) verpflichtet.

Bgm. Raimund Steiner berichtet, dass laut Vorgabe des Landes Tirol bzw. der Tiroler Landesregierung iZm der Haushaltskonsolidierung bis 15.09.2023 ein Nachtragshaushaltsplan zu beschließen sei. Dieser wäre TGO-konform für zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Seitens FVW Mag. Michael Rainer wäre eine Kurzfassung des Nachtragsvoranschlag mit rd. 70 Seiten und eine Langfassung mit rd. 200 Seiten ausgearbeitet worden.

Er erinnert weiters daran, dass der Tiroler Landtag in seiner Sitzung Anfang Juli d.J. eine Prüfung der Marktgemeinde Matrei durch den Bundesrechnungshof ab September d.J. beschlossen habe. Sowohl Landtagsvizepräsidentin Bgm.ⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Elisabeth Blanik, als auch Bgm. LA Martin Mayerl hätten bei ihm nachgefragt, was er von einer Prüfung durch den Bundesrechnungshof halte? Nach Rücksprache mit FVW Mag. Michael Rainer habe er mitgeteilt, dass grundsätzlich nichts dagegenspreche, in den Sommermonaten aber Haupturlaubszeit sei und noch viel Arbeit iZm der Erstellung des Nachtragshaushaltsplanes und den Verhandlungen mit den Finanzgläubigern zu erledigen wäre: Nachdem eine Rechnungshofprüfung zumindest einen Mitarbeiter sicherlich einen längeren Zeitraum „blockieren“ werde und aufgrund der vorhin erwähnten Umstände habe man gebeten, eine Prüfung erst im Spätherbst durchzuführen. Diesbezüglich seien dann auch Vermutungen angestellt worden, dass „etwas unter den Tisch gekehrt werden soll“, was natürlich nicht der Fall sei. FVW Mag. Michael Rainer habe viel Zeit in die Ausarbeitung des Nachtragshaushaltsplanes investiert, kenne diesen in- und auswendig und stehe dieser nunmehr für Fragen zur Verfügung.

GRⁱⁿ Manuela Niederegger ist auf Anhieb die Erhöhung des Ansatzes bei der Position „1/900000-729000 – Gesonderte Verwaltung, sonstige Ausgaben“ – von € 200,-- im VA 2023 auf € 475.000,-- im Nachtragsvoranschlag (NVA) 2023 aufgefallen und fragt, ob diese auf die Tätigkeit der Fa. BDO zurückzuführen sei?

FVW Mag. Michael Rainer bejaht diese Frage, merkt an, dass darin auch weitere Positionen enthalten wären und erklärt, dass mit dem Nachtragsvoranschlag eine Angleichung des, vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom Dezember des Vorjahres beschlossenen Voranschlag an die Ist-Situation vorgenommen werde, wobei alle derzeit bekannten haushaltsrechtlich relevanten Sachverhalte abgebildet worden wären.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll erinnert an seine Anfrage in der letzten GR.-Sitzung bezüglich der Kosten, die iZm der Beratungstätigkeit der Fa. BDO angefallen seien und meint, dass jetzt die Möglichkeit sei, diese Anfrage zu beantworten.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass im Nachtragsvoranschlag nicht nur das dargestellt sei, was sich derzeit in der Buchhaltung niederschläge, sondern dieser auch eine Vorschau auf das vorläufige Jahresrechnungsergebnis beinhalte.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll möchte weiters wissen, ob unter der gegenständlichen Voranschlagspost nur die Kosten der Fa. BDO verbucht würden, oder auch andere Ausgaben?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass unter dieser Position beispielsweise auch Rechtsanwaltskosten berücksichtigt seien, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung und eines Gerichtsverfahrens angefallen seien, inklusive einer Hochrechnung, was bis Jahresende noch anfallen könnte.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass seine, in der letzten GR.-Sitzung gestellte Anfrage hiermit beantwortet sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, welche Aufgaben die Fa. BDO noch für die Marktgemeinde Matrei erledigen soll, nachdem die, im Nachtragsvoranschlag angeführten Kosten in Höhe von € 425.000,-- bis Ende 2023 „hochgerechnet“ seien bzw. wie lange die Fa. BDO noch für die Marktgemeinde Matrei tätig sein soll? Sie merkt an, dass die, von der Fa. BDO für die heutige Sitzung vorbereiteten Unterlagen eigentlich „eine Frechheit“ seien: Im Zuge der Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe man stundenweise herumrechnen müssen, um schlussendlich festzustellen, dass die Sitzungsunterlage

eigentlich nichts wert sei. IdZ erinnert sie auch an eine, von Bgm. Raimund Steiner anlässlich der Beschlussfassung über die grundsätzliche Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers wiedergegebene Zusage von Bezirkshauptfrau Dr.ⁱⁿ Olga Reisner, dass die Marktgemeinde Matrei hiefür Bedarfszuweisungen erhalte und für sie somit keine Kosten anfallen würden. Sie hält fest, dass der Gemeinderat die Fa. BDO lediglich mit der Vertretung in einem Beschwerdeverfahren gegen Bescheide des Finanzamtes Innsbruck konkret beauftragt habe. Die Liste „Gemeinsam für Matrei“ habe jedenfalls ein Problem mit den hohen Kosten.

Bgm. Raimund Steiner: „Das sind die Kosten der Vergangenheitsbewältigung.“ Er hält fest, dass die Beziehung eines externen Wirtschaftsprüfers seitens der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben worden sei.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger meint, dass man dann auch nachfragen sollte, ob die Kosten übernommen werden.

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass er bei Magnus Gratl um einen Besprechungstermin angefragt habe und bei diesem auch gegenständliche Angelegenheit ansprechen werde.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger ist der Meinung, dass der Gemeinderat einen konkreten Beschluss über die Beauftragung der Fa. BDO iZm dem Haushaltskonsolidierungsverfahren fassen müsse.

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass die Beauftragung vom Gemeinderat beschlossen worden sei und hält nochmals fest, dass die Beziehung eines Wirtschaftsprüfers seitens der Aufsichtsbehörde verlangt worden wäre. Die Fa. BDO sollte die Marktgemeinde Matrei auch weiterhin betreuen; wie lange, müsse noch mit der Aufsichtsbehörde abgeklärt werden.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass die Kosten der Fa. BDO fast 20 % der Bedarfszuweisungen ausmachen würden.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger bemerkt noch, dass eigentlich auch ein Amtsverwalter reichen würde, da die Marktgemeinde eigentlich selbst gar nichts mehr entscheiden könne.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll hält fest, dass der Bürgermeister dem Gemeinderat lediglich die, ihm zur Verfügung gestandene Information, dass Bedarfszuweisungen iZm der Beauftragung eines Wirtschaftsprüfers gewährt würden, weitergegeben habe, woraufhin der Gemeinderat einen diesbezüglichen Beschluss gefasst habe. Der Gemeinderat habe aber nie eine konkrete Auftragsvergabe bzw. konkrete Kosten beschlossen. Wenn man zum damaligen Zeitpunkt schon gewusst hätte, dass die Marktgemeinde Matrei die hiefür anfallenden Kosten selbst tragen müsse, da diese von den pauschalen Bedarfszuweisungen abgezogen würden, hätte man sich über die Höhe der Kosten informiert und Vergleichsangebote eingeholt. Niemand könne sich erlauben, jemanden pauschal mit einer Tätigkeit zu beauftragen, ohne vorher die genauen Kosten zu kennen. In diesem Falle müsse man das Land kritisieren, dass Zusagen nicht eingehalten worden seien.

Bgm. Raimund Steiner hofft, dass das Land zu seiner Zusage stehe. Noch sei die Tätigkeit der Fa. BDO noch nicht abgeschlossen, weshalb auch noch keine fixen Kosten bekannt seien. Er bemerkt, dass in vergangener Zeit viele Kosten und Zahlen ungewiss gewesen seien und verweist diesbezüglich auf diverse offene Rechnungen. Eigentlich habe er sich vorgestellt, dass das Konsolidierungsverfahren in einem halben Jahr abgeschlossen werden könnte. Nun hänge es in erster Linie von der Aufsichtsbehörde ab, ob diese die, mit den Finanzgläubigern getroffenen Vereinbarungen akzeptiere. Er hoffe jedenfalls, dass das Land zu seinen Zusagen stehe.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erkundigt sich nach den Ursachen für die Erhöhung der Ansätze bei den Positionen „1/000000-752200 - PV DGA Mandatare“ um € 6.200,-- und „1/010000-729300 – Öffentlichkeitsarbeit“ um € 3.000,--?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass es sich bei der Position „DGA Mandatare“ um einen Kommunikationsfehler zwischen Lohnverrechnung und Finanzverwaltung gehandelt habe: Die Löhne würden über ein eigenes Programm in die Buchhaltung überspielt, wobei im Zuge der Erstellung des Voranschlags offensichtlich die Daten nicht zur Gänze übertragen worden wären. Bei der Erstellung

des Nachtragsvoranschlags sei man auf diesen Fehler gestoßen und wäre deshalb der Ansatz mit € 15.000,-- neu festgesetzt worden. Bei der Position „1/010000-729300 – Öffentlichkeitsarbeit“ handle es sich um eine Auszahlung gemäß Tilgungsplan.

Er bemerkt generell, dass der Nachtragsvoranschlag 2023 insoferne eine Besonderheit darstelle und dementsprechend komplex in der Nachvollziehbarkeit sei, als in diesem nämlich auch der gesamte, mit dem Land Tirol abgestimmte Tilgungsplan mit den Lieferantengläubigern, die offenen Rechnungen in Höhe von 7,4 Millionen Euro und die, seitens des Landes Tirol zugesagten Bedarfszuweisungen in Höhe von 6,6 Millionen Euro, aufgeteilt auf die nächsten 4 bzw. 3 Jahre, abgebildet seien. Er erwähnt, dass bereits alle offenen Rechnungen der Kleingläubiger (bis € 50.000,--) in Höhe von gesamt rd. 907.000,-- und auch Tranchen 2023 der 10 Gläubiger der Kategorie 2 (zwischen € 50.000,-- und € 100.000,--) sowie der 15 Gläubiger der Kategorie 3 (über € 100.000,--) bereits im Juli d.J. bedient worden wären, obwohl die Tranchen für die „mittleren“ und „großen“ Lieferantengläubiger laut Tilgungsplan erst im Oktober bezahlt hätten werden müssen. In Summe seien an 115 Gläubiger rd. 2,6 Millionen Euro ausbezahlt worden. Diese Zahlungen sowie jene in den Jahren 2024 in Höhe von rd. 1,7 Millionen Euro, 2025 in Höhe von rd. 1,58 Millionen Euro und 2026 in Höhe von rd. 1,47 Millionen Euro, würden sich im Nachtragsvoranschlag und in der mittelfristigen Finanzplanung aber im Wesentlichen nur im Finanzierungshaushalt niederschlagen, zumal der Aufwand für diese Rechnungen aus Vorjahren stamme. Im Finanzierungshaushalt seien somit die, auf Basis des Tilgungsplanes getätigten Zahlungen an die 115 Lieferantengläubiger abgebildet.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, ob bei den Positionen „Pensionsbeiträge Zentralamt, Finanzverwaltung, Bauamt“ die Ansätze nicht genau berechnet hätten werden können, da im Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung um € 28.600,-- ausgewiesen sei?

FVW Mag. Michael Rainer antwortet, dass es sich hier um die Leistungen der Gemeinden an den Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten handle: Die Zuschüsse zur Pensionskasse der Tiroler Gemeindebeamten würden jährlich signifikant steigen, was mit dem „Finanzierungssystem“ der Pensionen zusammenhänge, welche dadurch gekennzeichnet sei, dass immer weniger öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse begründet, die Pensionsansprüche aber steigen würden.

FVW Mag. Michael Rainer weist idZ. auf den Unterschied zwischen den Überschreitungsbewilligungen nach § 95 TGO und dem Nachtragsvoranschlag nach § 97 TGO hin, der darin liege, dass der Nachtragsvoranschlag eine Änderung der Ansätze des Voranschlags bewirke.

Die Festsetzung eines Nachtragsvoranschlags sei in § 97 Abs. 1 TGO 2001 normiert: Ein Nachtragsvoranschlag sei ua. dann erforderlich, wenn erhebliche Mittelverwendungen, die im Voranschlag nicht oder nicht in ausreichender Höhe vorgesehen seien, geleistet werden müssten.

Zur Position „2/411000+861100 Zuwendung des Landes für Grundsicherung“ stellt GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger die Frage, worauf das Minus von € 42.200,-- zurückzuführen sei?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass es diesbezüglich noch keine Vorschreibung gäbe und auch nicht bekannt sei, ob eine solche noch komme. Es gäbe einige positive Aspekte, die im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt hätten werden können, aber auch weniger erfreuliche, beispielsweise bei den Abgabenertragsanteilen: Diesen würden vom Land Tirol bekanntgegeben, jedoch gehe er bei diesen für das laufende Finanzjahr – aufgrund der bisherigen Entwicklung - von einem Minus von 5 % oder rd. € 270.000,-- an Mindereinnahmen aus. Im August d.J. sei das Minus bei den Abgabenertragsanteilen mit 11 % extrem hoch ausgefallen und setze sich der Abwärtstrend auch bei den September-Vorschüssen mit österreichweit -7 % fort. Dies habe u.a. mit der Grunderwerbssteuer zu tun, die bundesweit um rd. 42 % eingebrochen sei. Mindereinnahmen im Nachtragsvoranschlag habe er aber auch bei den gemeindeeigenen Abgaben und Gebühren, wie z.B. beim Erschließungsbeitrag oder den Wasser- und Kanalanschlussgebühren einplanen müssen, da sich die Bauwirtschaft sehr zurückhalte und viel weniger gebaut werde, als angenommen. Er erwähnt idZ. noch, dass der Nachtragsvoranschlag den Voranschlag ersetze.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger fragt, warum sich der Ansatz bei der Position „5/612000-774000 – Gemeinestraßen“ von € 150.000,-- im VA 2023 auf € 598.000,-- im Nachtragsvoranschlag erhöht habe?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass im Nachtragsvoranschlag der Tilgungsplan berücksichtigt sei: Bei dieser Haushaltsstelle – und beispielsweise auch bei der Position „Freischwimmbad“ – wären die mittlerweile geregelten Lieferantenverbindlichkeiten berücksichtigt.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger möchte weiters wissen, warum im Finanzierungshaushalt bei dieser Position keine Kosten ausgewiesen sind?

FVW Mag. Michael Rainer weist darauf hin, dass in der investiven Gebarung im Finanzierungshaushalt sehr wohl Kosten in Höhe von € 150.000,-- veranschlagt wären. Hierbei handle es sich um eine bereits zugesagte Landesförderung für die Errichtung von LWL. Das diesbezügliche Förderungsansuchen sei bereits vor einigen Jahren eingereicht worden - noch mit einem Fördersatz von 60 %. Der aktuelle Fördersatz liege bei 50 %.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger möchte noch wissen, warum bei der Position „2/843000+867000 – laufende Substanzerlöse Agrargemeinschaften“ der Ansatz auf Null gesetzt worden ist?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass unter dem Ansatz „843000 – Alpbesitz“ stets zwei Voranschlagspositionen geführt worden seien, eine „laufende“ Einnahme unter der Voranschlagspost „2/843000+867000 – Lfd. Substanzerlöse Agrargemeinschaften“ und eine „einmalige“ Einnahme unter der Voranschlagspost „2/843000+846900 – Einmalige Erlöse Agrargemeinschaften/Auseinandersetzung Schild“. Zur „laufenden“ Voranschlagspost, welche im Voranschlag 2023 noch mit € 50.000,-- dotiert worden sei, gehe er davon aus, dass diese Einnahme im Finanzjahr 2023 nicht mehr realisiert werde, weshalb er diesen Ansatz im Rahmen des Nachtragsvoranschlages auf Null gesetzt habe. Die einmaligen Einnahmenposition habe er im Rahmen des Nachtragsvoranschlages von ursprünglich € 286.700,-- um € 55.000,-- reduziert. Dieser Betrag werde aller Voraussicht nach für die Abdeckung des Substanzkontos der Gemeindegutsagrargemeinschaft „Schilderalpe“ benötigt, so der Finanzverwalter.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll: „Was ist der nicht finanzierungswirksame Personalaufwand?“

FVW Mag. Michael Rainer verweist eingangs auf den Unterschied zwischen Finanzierungs- und Ergebnishaushalt: So seien beispielsweise Investitionen nur im Finanzierungshaushalt abgebildet, im Ergebnishaushalt aber nicht. IdZ sei der, im heurigen Jahr erfolgte Erwerb des „Tauerncenters“ zu erwähnen. Im Finanzierungshaushalt wäre diesbezüglich eine Ausgabe in der Größenordnung von € 1.555.300,-- ausgewiesen, wodurch sich das Ergebnis optisch verschlechtere. Tatsächlich habe dieser Erwerb durch die, seitens der Marktgemeinde Matrei angesparte Kautions in derselben Höhe aber zu keiner Auszahlung geführt, was wirtschaftlich gesehen positiv sei. Dieser Sachverhalt sei in der Jahresrechnung zu sehen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt, ob das „Tauerncenter“ dann mit diesem Wert bewertet worden sei?

FVW Mag. Michael Rainer: „Richtig. Das ist so eingebucht worden.“ Der Finanzverwalter verweist idZ auch auf die Anschaffung der neuen Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Matrei, deren ursprünglich geplante Leasingfinanzierung im Voranschlag entsprechend berücksichtigt worden sei. Zwischenzeitlich habe man für dieses Vorhaben aber eine alternative Finanzierungsvariante realisieren können, sodass man auf die Leasingfinanzierung nicht mehr zurückgreifen hätte müssen. Aufgrund der eingelangten Eingangsrechnung in Höhe der gesamten Anschaffungskosten von rd. € 860.000,-- hätte der Ansatz entsprechend angepasst werden müssen.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll bedankt sich für diese ausführlichen und interessanten Informationen, mit denen aber seine Frage, was unter nicht finanzierungswirksamen Personalaufwand zu verstehen sei, nicht beantwortet worden wäre.

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass der nicht finanzierungswirksame Personalaufwand wiederum nur im Ergebnishaushalt ausgewiesen sei. Dabei handle es sich um Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen, nicht verbrauchte Urlaube, udgl. Diese Position habe es in der Kameralistik nicht gegeben.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll fragt noch, worauf bei diesem Ansatz die Erhöhung um rd. € 100.000,-- zurückzuführen sei?

FVW Mag. Michael Rainer teilt mit, dass die Zahlen automatisch aus dem Lohnprogramm übernommen würden und er diese Frage aber nicht im Detail beantworten könne. Es schlage sich jede Änderung des Dienstpostenplanes, jeder Personalzu- oder -abgang während des Jahres im Voranschlag nieder. Die nicht voranschlagswirksame Gebarung sei im Finanzierungsvoranschlag nicht zu veranschlagen. Auszahlungen würden über den Haushalt und die voranschlagswirksame Gebarung erfolgen.

Der Finanzverwalter berichtet noch, dass er neben den bereits zur Verfügung gestellten Kurz- und Langfassungen des Nachtragsvoranschlags auch noch eine „Ultra-Kurzfassung“ des Nachtragsvoranschlags und der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2024 – 2027 vorbereitet habe und erwähnt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung – gegenüber dem Auflageexemplar – noch eine kleine Änderung vorgenommen worden wäre.

In der Folge werden die Unterlagen „Voranschlag 2023/Nachtragsvoranschlag 2023“ und „MFP 2024-2027“ an die anwesenden Gemeindemandatäre ausgeteilt und von FVW Mag. Michael Rainer durch Verlesen zur Kenntnis gebracht. Sie liegen in Fotokopie dem Originalprotokoll bei.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll stellt abschließend noch die Frage, ob bzw. inwieweit die, heute vom Gemeinderat beschlossenen Darlehensänderungen im Nachtragsvoranschlag und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt wären?

FVW Mag. Michael Rainer erklärt, dass im Nachtragsvoranschlag und in der angepassten mittelfristigen Finanzplanung lediglich die Tilgungsaussetzung der Dolomitenbank enthalten sei. Alle anderen Neukonditionierungen seien nicht berücksichtigt worden, da diese erst ab dem Jahre 2024 wirksam würden bzw. werden sollten.

Zur bereits angesprochenen Änderung in der mittelfristigen Finanzplanung teilt der Finanzverwalter mit, dass im Auflageexemplar noch die Leasingrate für die Anschaffung der Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Matrei in Höhe von € 91.000,-- jährlich enthalten gewesen wäre. Nachdem - bereits erwähnt - auf die Leasingfinanzierung nicht mehr zurückgegriffen werden müsse, hätte dieser Betrag aus der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen werden können.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll erinnert daran, dass die Mitglieder der Liste „Gemeinsam für Matrei“ dem Voranschlag für das Jahr 2023 nicht zugestimmt hätten, weil dieser ihrer Ansicht nach in einigen Punkte nicht glaubwürdig gewesen sei. Der Nachtragsvoranschlag sei schon um einiges glaubwürdiger, da das meiste schon in der Vergangenheit passiert und bis zum Jahresende vieles bekannt sei. Trotzdem gäbe es nach wie vor Punkte, wie beispielsweise das Thema BDO, welchen die Liste „Gemeinsam für Matrei“ nach wie vor nicht zustimmen könne.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) den **m e h r h e i t l i c h e n B e s c h l u s s**,

den Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023 inklusive angepasstem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027 mit den darin enthaltenen Bestandteilen (Ergebnishaushalt [Anlage 1a], Finanzierungshaushalt [Anlage 1b], Ergebnis- und Finanzierungsvorschlag Detailnachweis, Einzelnachweis über Finanzschulden und Schuldendienst [Anlage 6c], Nachweis der Investitionstätigkeit und Dienstpostenplan wie folgt festzusetzen:

Ergebnishaushalt:	MVAG	VA 2023	VA 2023 inklusive NVA	NVA
Summe Erträge:	21	15.912.100,00 €	21.706.500,00 €	5.794.400,00 €
Summe Aufwendungen:	22	18.157.000,00 €	22.926.300,00 €	4.769.300,00 €
Saldo (0) Nettoergebnis:		-2.244.900,00 €	-1.219.800,00 €	1.025.100,00 €
Entnahmen von Haushaltsrücklagen:	230	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuweisung von Haushaltsrücklagen:	240	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen:	23	-2.244.900,00 €	-1.219.800,00 €	1.025.100,00 €

Finanzierungshaushalt:	MVAG	VA 2023	VA 2023 inklusive NVA	NVA
Summe Einzahlungen:		16.771.500,00 €	22.408.800,00 €	5.637.300,00 €
Summe Auszahlungen:		17.039.300,00 €	24.134.700,00 €	7.095.400,00 €
Saldo (Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung):		-267.800,00 €	-1.725.900,00 €	-1.458.100,00 €

Die Ein- und Auszahlungen gliedern sich wie folgt:

Finanzierungshaushalt:	MVAG	VA 2023	VA 2023 inklusive NVA	NVA
Summe Einzahlungen operative Gebarung:	31	15.478.500,00 €	21.322.300,00 €	5.843.800,00 €
Summe Auszahlungen operative Gebarung:	32	15.573.900,00 €	18.719.700,00 €	3.145.800,00 €
Saldo (1) Geldfluss aus der operativen Gebarung:		-95.400,00 €	2.602.600,00 €	2.698.000,00 €
Summe Einzahlungen investive Gebarung:	33	1.293.000,00 €	1.086.500,00 €	-206.500,00 €
Summe Auszahlungen investive Gebarung:	34	1.066.300,00 €	5.033.100,00 €	3.966.800,00 €
Saldo (2) Geldfluss aus der investiven Gebarung:		226.700,00 €	-3.946.600,00 €	-4.173.300,00 €
Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2):		131.300,00 €	-1.344.000,00 €	-1.475.300,00 €
Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit:	35	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit:	36	399.100,00 €	381.900,00 €	-17.200,00 €
Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit:		-399.100,00 €	-381.900,00 €	17.200,00 €
Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4):		-267.800,00 €	-1.725.900,00 €	-1.458.100,00 €

Anmerkung:

Aufkommensneutraler Erwerb des "Matreier Tauerncenter" durch Auflösung der über die Laufzeit des Leasingvertrages angesparten Kautions, welche in der nicht voranschlagswirksamen Gebarung enthalten ist.	3413		1.555.300,00 €	1.555.300,00 €
Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung - "bereinigt" um aufkommensneutralen Erwerb "Matreier Tauerncenter":			-170.600,00 €	97.200,00 €

Weiters fasst der Gemeinderat über Antrag von Bgm. Raimund Steiner mit 12 gegen 5 Stimmen (Gegenstimmen von GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger, GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll, GRⁱⁿ Manuela Niederegger, GR Daniel Oberwalder und GR Gabriel Presslaber) den **mehrheitlichen Beschluss**,

den angepassten Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2027 wie folgt festzusetzen:

Ergebnishaushalt:	MFP 2024-2027			
	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Summe Erträge:	18.171.600,00 €	18.254.500,00 €	17.198.200,00 €	16.694.400,00 €
Summe Aufwendungen:	18.803.000,00 €	18.492.900,00 €	18.408.200,00 €	17.394.100,00 €
Saldo (0) Nettoergebnis:	-631.400,00 €	-238.400,00 €	-1.210.000,00 €	-699.700,00 €
Entnahmen von Haushaltsrücklagen:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuweisung von Haushaltsrücklagen:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen:	-631.400,00 €	-238.400,00 €	-1.210.000,00 €	-699.700,00 €

Finanzierungshaushalt:	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Summe Einzahlungen:	18.331.400,00 €	18.635.600,00 €	17.634.800,00 €	17.100.700,00 €
Summe Auszahlungen:	18.759.100,00 €	18.643.000,00 €	18.589.700,00 €	16.257.500,00 €
Saldo (Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung):	-427.700,00 €	-7.400,00 €	-954.900,00 €	843.200,00 €

Die Ein- und Auszahlungen gliedern sich wie folgt:

Finanzierungshaushalt:	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Summe Einzahlungen operative Gebarung:	17.824.400,00 €	17.852.500,00 €	16.801.800,00 €	16.267.500,00 €
Summe Auszahlungen operative Gebarung:	16.765.100,00 €	16.907.300,00 €	16.911.400,00 €	15.791.600,00 €
Saldo (1) Geldfluss aus der operativen Gebarung:	1.059.300,00 €	945.200,00 €	-109.600,00 €	475.900,00 €
Summe Einzahlungen investive Gebarung:	507.000,00 €	783.100,00 €	833.000,00 €	833.200,00 €
Summe Auszahlungen investive Gebarung:	1.664.000,00 €	1.425.600,00 €	1.344.800,00 €	121.700,00 €
Saldo (2) Geldfluss aus der investiven Gebarung:	-1.157.000,00 €	-642.500,00 €	-511.800,00 €	711.500,00 €
Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2):	-97.700,00 €	302.700,00 €	-621.400,00 €	1.187.400,00 €
Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit:	330.000,00 €	310.100,00 €	333.500,00 €	344.200,00 €
Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit:	-330.000,00 €	-310.100,00 €	-333.500,00 €	-344.200,00 €
Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4):	-427.700,00 €	-7.400,00 €	-954.900,00 €	843.200,00 €

Zu Punkt 12) der TO:

Anträge, Anfragen und Allfälliges:

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll nimmt Bezug auf den Bericht des Bürgermeisters zum Thema „Umfahrungsprojekt Matreier Tauernhaus“ und fragt, wer diesen Weg übernehmen und erhalten soll?

Bgm. Raimund Steiner erklärt, dass der Weg in das Eigentum des Öffentlichen Gutes übertragen werden soll.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll weist darauf hin, dass diesbezüglich noch kein Beschluss vorliege und die Umfahrungsstraße – seinen Informationen nach – nur von LKW's genutzt werden soll. Demnach könne es sich um keine öffentliche Straße handeln.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt, dass für diese Straße entsprechende Beschränkungen erlassen werden sollten.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll möchte weiters wissen, ob der Marktgemeinde Matrei schon eine Entscheidung des Bundesministeriums hinsichtlich der, seitens der Matreier Goldried Bergbahnen GmbH & Co KG beantragten Änderung der Betriebspflicht für die Einseilumlaufbahn „Goldried“ zugestellt worden sei?

Bgm. Raimund Steiner antwortet mit „nein“.

GR.-Ersatzmitglied Dipl.-Ing. David Köll ersucht, sich seitens der Gemeinde über den Verfahrensstand zu informieren und der Liste „Gemeinsam für Matrei“ einen allfälligen Bescheid zur Verfügung zu stellen.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger merkt an, dass sie beim Bundesministerium nachgefragt habe: Ihr sei eine Benachrichtigung zugesagt worden, sobald eine Entscheidung vorliege. Bis dato habe sie aber nichts gehört.

GRⁱⁿ Manuela Niederegger weist darauf hin, dass die neue Gemeinde-Homepage nach wie vor nicht online sei. Sie möchte wissen, warum eine Freischaltung noch nicht erfolgt ist.

GR Lukas Wibmer erklärt, dass noch einige Designfragen zu klären seien. Ein genaues Datum für die Freischaltung sei noch nicht bekannt.

GRⁱⁿ Manuela Niederegger ersucht, die Homepage schnellstmöglich fertigzustellen und freizuschalten.

GVⁱⁿ Elisabeth Mattersberger erinnert daran, dass sie sich in den beiden letzten GR.-Sitzung über die Vermietung von Räumlichkeiten im Freischwimmbad Matrei an die Fa. Haustechnik Egger erkundigt habe. Sie fragt, ob zwischenzeitlich eine Kontrolle vorgenommen worden sei?

Bgm. Raimund Steiner teilt mit, dass er die Fa. Egger nochmals aufgefordert habe, die Gebäudeteile auszuräumen. Eine Kontrolle seinerseits sei aber noch nicht erfolgt.

GR Andreas Rainer erkundigt sich nach dem Stand des Gehsteigprojektes „Auerfeld“.

Bgm. Raimund Steiner antwortet, dass dafür noch Grund erworben und die Finanzierung geklärt werden müsse.

GR Lukas Wibmer nimmt Bezug auf Punkt 10) der Tagesordnung und ersucht, im Falle einer neuerlich erforderlichen Beschlussfassung im Gemeinderat auch einen Vertreter der Fa. BDO zur GR.-Sitzung einzuladen.

Bgm. Raimund Steiner bemerkt, dass er dieser Anregung nachkommen werde.

Über Antrag von Bgm. Raimund Steiner fasst der Gemeinderat den **einstimmigen Beschluss**, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 13) „Ehrungen“ und 14) „Personalangelegenheiten“ für vertraulich zu erklären und diese sohin unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Ende der Sitzung: 23.50 Uhr

F e r t i g u n g :

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder: